

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werththätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Postgebühren 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Postgebühren 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4153) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. exkl. Postgebühren.

Redaktion:
Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werden die 5gespaltene Zeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinskonzessionen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebenes Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Postzeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Vom nationalliberalen Parteitage.

Leipzig, 5. Oktober.

An den Anträgen sind den Delegierten ein Antrag des Centralvorstandes und dazu ein Abänderungsantrag unterbreitet worden. Der Centralvorstand schlug eine Reihe von Resolutionen zu den gesetzgeberischen Fragen der Gegenwart vor. Am Eingang wird neben anderen allgemeinen Redensarten „Unabhängigkeit“ der Partei „nach rechts und links wie gegenüber der Regierung“ gefordert!! Welche Satire auf die Fraktion Drehscheibe!

Auf wirtschaftlichem Gebiet will die Partei ihren Charakter als Mittelpartei bewahren und Forderungen zurückweisen, welche in einseitiger Berücksichtigung der Interessen eines Berufsstandes andere für den Staat gleich wichtige Berufsstände empfindlich zu schädigen oder die Grundlagen unserer Volkswirtschaft umzustößen geeignet sind.

Eine bestimmte Klar umschriebene Richtung in wirtschaftlichen Fragen wird damit nicht vorgezeichnet.

Die Partei soll nach dem Antrag des Centralvorstandes ferner auf dem Boden der Gewerbefreiheit stehen und den Befähigungsnachweis bekämpfen, weil er den Handwerker auf ein eng begrenztes Erwerbssfeld beschränkt und dadurch seine Widerstandskraft gegen die Großindustrie lähmt. Wegen die geplante Zwangsorganisation des Handwerks wird keine entschiedene Stellung genommen. Hier heißt es in der Resolution: „Sie erstrebt eine geordnete, vom Geiste der Selbstverwaltung getragene Organisation des Handwerks in Handwerkerkammern, hält aber die Zwangsinnungen des preussischen Gesetzentwurfs für bedenklich, insbesondere weil dieselben den Keim des Befähigungsnachweises in sich tragen und des Rechtes der freien Innungen zu gemeinsamen geschäftlichen Einrichtungen entbehren sollen.“

Von den weiteren Forderungen heben wir hervor, daß die Partei ein Reichsvereinsgesetz auf „liberaler Grundlage“ erstreben will. Sie ist damit einverstanden, daß zunächst durch Landesgesetzgebung wenigstens das Verbot befestigt wird, das die politischen Vereine an der Verbindung miteinander hindert. „Jedem Versuch einer realen Gestaltung der Vereinsgesetzgebung wie einer Einschränkung des Koalitionsrechts wird sie entgegenzutreten!“ Sie will ferner die Uebergriffe des Ultramontanismus bekämpfen, auf dem Gebiet der Volksschulgesetzgebung in Preußen aber für konfessionellen Religionsunterricht eintreten, unter Beibehaltung der Simultan-

schule, da, wo sich diese geschichtlich entwickelt oder sich naturnotwendig aus dem Charakter einer gemischten Bevölkerung als zweckmäßigste Form der Volksschule ergibt.

Der landwirtschaftlichen Notlage werden weiter einige Sätze gewidmet und als „oberste Pflicht der Partei“ erachtet, auf die Ueberwindung der Notlage hinzuwirken. Sie ist deshalb für die Erhaltung und Förderung der großen landwirtschaftlichen Nebengewerbe, der Brenneret und der Zuckerrfabrikation, sowie für alle zweckentsprechenden Vorschläge eingetreten, die dem Landwirt die Möglichkeit bieten, billiger zu produzieren und vorteilhafter seine Erzeugnisse zu verwerthen. Namentlich ist darauf hinzuwirken, daß durch den Ausbau der Binnenwasserstraßen und durch Ermäßigung der Eisenbahntarife die Transportfrage so gelöst wird, daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit unserer heimischen Erzeugnisse gefördert wird.

Auf Grund dieser Resolution kann die Partei auch in Zukunft für agrarische Sonderinteressen- und Liebesgabenpolitik eintreten. Der Antrag Ranitz wird vorsichtigerweise nicht ausdrücklich verworfen.

Dagegen wird die Stellung zur Währungsfrage durch den Satz festgelegt, daß die Partei für die Aufrechterhaltung der bewährten Reichsgoldwährung eintritt. Zugleich wird die Förderung einer „kräftigen und zielbewußten Kolonialpolitik“ verlangt.

Als Abänderungsantrag ist zu den wirtschaftlichen Fragen eine Resolution beantragt worden, die von folgenden Delegierten unterschrieben ist: Bued (Berlin). Rud. Grasemann (Hamburg). Fehling (Lübeck). P. Gontard (Hamburg). Haffe (König, Westpreußen). Hansen (Kiel). Jaakken (Hamburg). Kanne (Eberfeld). Krabber (Altenessen). Kbhner (Berlin). Krüger (Königsberg i. Preuß.). Mühlis (Wreslau). N. S. E. Mitrow (Hamburg). Dr. Schöler (Elbing). Dr. Semler (Hamburg). Salomon (Elbing). Wagner (Graudenz). Dr. Max Weber (Berlin). Wnyneker (Königsberg i. Pr.).

Nach dieser Resolution soll die Partei auf wirtschaftlichen Gebiet Forderungen zurückweisen, die in einseitiger Berücksichtigung der Interessen eines Berufsstandes andere Berufsstände zu schädigen oder die Grundlagen unseres Erwerbslebens und der staatlichen Ordnung umzustößen geeignet sind. Sie verwirft den Antrag Ranitz und jeden anderen Versuch, die Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen Lebensmitteln monopolistisch zu gestalten; sie weist das Bestreben zurück, an die Stelle der Handelsvertragspolitik ein

System des Zollkriegs zu setzen; sie verlangt die Aufrechterhaltung der gesetzlich bestehenden deutschen Währungsordnung; sie erklärt sich gegen jede Gesetzgebung, die bestehende Formen redlichen Geschäftsverkehrs zerstört oder den Verwaltungsbehörden die Vollmacht zu derartigen Eingriffen erteilt; sie fordert die Ablehnung des preussischen Antrags auf Handwerksorganisation und jedes anderen, auf Wiederherstellung des Zunftzwangs gerichteten Vorschlags.

Ferner beantragen dieselben Herren, in dem die Landwirtschaft betreffenden Teile die Worte „die Erhaltung und Förderung der großen landwirtschaftlichen Nebengewerbe, der Brenneret und der Zuckerrfabrikation“, zu streichen.

Zur Finanzpolitik wurde zu Gunsten des Miquelischen Automaten beschlossen, daß „eine feste gesetzliche Grenze für das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten gefunden werden muß“. Heuchlerisch heißt es dann: „Auch die auf die Dauer unhaltbare Beschränkung in der Förderung der Kulturaufgaben, besonders in einzelnen Bundesstaaten, läßt die Wiederholung dieses Verlangens notwendig erscheinen.“

Zur Handwerkerfrage resolvierte man: „Die nationalliberale Partei ist nach Maßgabe der Beschlüsse des Frankfurter Delegiertentages von 1894 energisch für die Gesetzgebung im Interesse des gewerblichen Mittelstandes eingetreten, namentlich soweit es geboten war, den unlauteren Wettbewerb, wie die Auswüchse des Hausierhandels zu bekämpfen und den Gewerbebetrieb der Konsumvereine einzuschränken. Ihre bisher noch nicht erfüllten Forderungen dieser Art wird die Partei dauernd weiter verfolgen. Sie steht auf dem Boden der Gewerbefreiheit und bekämpft die allgemeine Einführung des Befähigungsnachweises, weil er den Handwerker auf ein eng begrenztes Erwerbssfeld beschränkt und dadurch seine Widerstandskraft gegen die Großindustrie lähmt. Sie erstrebt eine geordnete, vom Geiste der Selbstverwaltung getragene Organisation des Handwerks in Handwerkerkammern, verwirft aber die Zwangsinnungen des preussischen Gesetzentwurfs, insbesondere weil dieselben den Keim des Befähigungsnachweises in sich tragen und des Rechtes der freien Innungen zu gemeinsamen geschäftlichen Einrichtungen entbehren sollen.“

Zur Sozialgesetzgebung: „Die nationalliberale Partei tritt für eine durchgreifende Reform der Arbeiterversicherungs-gesetze, namentlich im Sinne der Vereinfachung derselben, sowie für eine maßvolle, den praktischen Verhältnissen des Wirtschaftslebens und der ausländischen Kon-

Seuilleton.

Manuskript vorhanden.

Die von Hohenstein.

Roman von Friedrich Spielhagen.

Der Unteroffizier trat auf die Abenteuerer zu, die sich in nicht geringer Bestürzung von ihren Plätzen erhoben hatten. Ein Blick in des Mannes sonnenverbranntes, härteres Gesicht genügtte, Wolfgang und Mädel mindestens darüber zu beruhigen, daß sie es nicht mit Leuten von ihrem eigenen Regiment zu thun hatten.

Der Unteroffizier forderte ihnen in barschem Tone ihre Legitimationspapiere ab. Die Abenteuerer hatten sich für einen derartigen Fall ein Märchen ausgedacht, das Mädel nun mit großer Zungenfertigkeit vortrug.

Er selbst und Wolfgang waren Schreinergefallen, Balthasar ein Schneider; ein Trupp Freischärler hatte sie heute morgen in dem Walde ihrer Felleisen beraubt und dem Schneider nur die schätzbare Reisetasche gelassen. Der Herr Unteroffizier sollte sie doch nicht noch unglücklicher machen, als sie nach Verlust aller ihrer Habseligkeiten schon waren.

Der Unteroffizier wollte wissen, weshalb sie sich in dem Dorfe, durch welches sie eben gekommen waren, so genau nach der Stellung der Freischärler und der Truppen erkundigt hätten. Das sei im höchsten Grade verdächtig; und weshalb sie nicht, wie andere ehrliche Leute, auf der Landstraße gegangen seien? Das sollten sie einmal erklären. Auch darauf wußte Mädel eine Antwort.

Du lieber Himmel, Herr Unteroffizier! rief er mit kläglichem Stimm; wollen Sie uns verdenken, daß wir keinen

Menschen mehr trauen? Die verdammten Freischärler rauben uns aus, die Herren Soldaten wollen uns nicht passieren lassen; wo sollen wir armen Teufel denn Mut herkrögen, uns an die helle Sonne zu wagen? Aber mir ist alles eiskalt; machen Sie mit uns, was Sie wollen; schießen Sie uns meinetwegen tot, ich habe das Hundeleben satt.

Mädel setzte sich wieder auf die Bank und stützte, wie in Verzweiflung, den Kopf in beide Hände. Er hatte seine Rolle so meisterhaft gespielt, daß der Unteroffizier, dessen Scharfsinn überdies nicht eben groß sein mochte, an der Wahrheit der ihm gemachten Aussagen kaum zu zweifeln schien. Leider seien seine Instruktionen der Art, daß er Leute ohne Legitimation durchaus nicht passieren lassen dürfe; er müsse in das nächste Dorf fluchabwärts schicken und dem Offizier, der dort liege, die Sache melden. Der möge dann darüber entscheiden, ob sie ihren Weg fortsetzen dürften; bis dahin hätten sie sich als Gefangene zu betrachten.

Er ging hinaus und schloß die einzige Thür, die das Zimmer hatte, hinter sich ab.

Da sähen wir in der Ferne, sagte Mädel, die Gefährten mit einer Miene, die noch halb dem unglücklichen Schreinergefallen und halb schon wieder dem lustigen Schelme gehörte, anschauend; was thun wir nun?

Jedenfalls wollen wir nicht die Ankunft des Offiziers abwarten, erwiderte Wolfgang; wenn wir nur wüßten, wieviel ihrer sind!

Einer patrouilliert vor dem Fenster, so viel ist gewiß, sagte Mädel.

In diesem Augenblicke wurde leise an einen kleinen, hölzernen Laden gepöcht, der, wie sie jetzt erst bemerkten, in der Seitenwand des Zimmers angebracht war. Mädel lief hin; der Laden wurde zurückgeschoben; durch die Öffnung schaute das Gesicht der Kellnerin.

Goldes Kind, sagte der galante Mädel, hilf uns hinaus, und ich heirate Dich auf der Stelle.

Sie will ich gar nicht, sagte die Kleine schnippisch.

Aber meinen Kollegen? fragte Mädel.

Der ist Ihr Kollege nicht, sagte das Mädchen mit großer Bestimmtheit.

Was die Mädel für Augen haben, sagte Mädel, sich mit lachendem Gesicht zu Wolfgang wendend.

Wolfgang trat an den Schalter. Lassen Sie mich mit der Kleinen sprechen; gehen Sie ans Fenster und beobachten Sie die Schildwache.

Wollen Sie uns forthelfen, mein liebes Kind? fragte Wolfgang.

Ich müßte's gar zu gern, sagte das Mädchen schnell.

Ihre schwarzen Augen blitzten, als sie das sagte, und über ihre braunen Wangen flog eine dunkle Glut.

Wieviel Soldaten sind es?

Drei; zwei sind in der Stube auf der anderen Seite; ich habe ihnen vom besten gegeben; der Vater ist bei ihnen und trinkt mit ihnen; er hat mich hergeschickt.

Und sonst wärst Du nicht gekommen?

Doch, sagte das Mädchen eifrig, die dunklen Wimpern, die sie für einen Moment auf die glühenden Wangen gesenkt hatte, wieder hebend; der Bruder soll Sie übersehen, er ist schon nach dem Kahn hinab.

Wo haben sie ihre Gewehre?

Stehen auf dem Flur neben der Thür; die Thür ist nicht sehr fest; wenn Sie recht kräftig dagegen stoßen, springt sie wohl aus dem Schloß. Ich würde Ihnen aufschließen, aber sie haben die Thür nach der anderen Stube weit offen gelassen; ich kann's nicht.

Und solltest es auch nicht, wenn Du könntest. Du darfst Dich keiner Gefahr aussetzen.

Kurrenz genügend Rechnung tragende Weiterführung der sozialen Gesetzgebung, insbesondere auch auf dem Gebiete der Hausindustrie ein."

Gegenüber dem Kaufcharakter der Vorstands-Resolution ist die Resolution Bueck — Herr Bueck ist der Geschäftsführer des Centralverbandes deutscher Industrieller und ein Sachwalter des rücksichtslosen Unternehmerinteresses — weit entschiedener in der Betonung der Forderungen des alten Geldadliberalismus.

Wie die Bennigsen, Bürklin, Hammacher, Hobrecht sich vor dem Delegiertentag drückten, so schließt die Resolution des Vorstandes mit der üblichen staatsmännischen Schläue um jede ernsthafteste positive Erklärung herum, geht auf Klagen, sohlen in der Frage des kantigischen Brotwucherantrages, stärkt durch ihre Vereinstwilligkeit, immer neue Staatsstrickgelder zu bewilligen, die freche Vier und den Uebermut der Junker. Kurz, die Resolution zeigt sinnfällig, daß in großen und ganzen der Nationalliberalismus in seiner Mehrheit ein Kuli des Bundes der Landwirte ist.

Dem wir brauchen es kaum noch festzustellen, daß die Resolution Bueck gegen etwa 50 Stimmen abgelehnt, der Vorstandsantrag dagegen mit Hurra angenommen wurde. Gegen 25 Stimmen fiel auch der Antrag des verbissensten der agrarischen Hörigen, des Hesses Hann, der mit aller großer Offenheit die Prostitution an das Agrarletum heischte.

Die Vorstandskresolution lautet in ihrer endgültigen Fassung:

Der nationalliberale Delegiertentag hält es unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen für besonders notwendig, die alten Grundsätze zu betonen: das Vaterland über die Partei; das Allgemeine Wohl über allen Sonderinteressen; Unabhängigkeit nach rechts und links wie gegenüber der Regierung; volle Wahrung der konstitutionellen Rechte; Bekämpfung jedes Rückschritts und beharrliches Streben nach stetiger Fortentwicklung aller Einrichtungen des öffentlichen Lebens; entschlossene Verurteilung alles dessen, was die Macht und Sicherheit des Reiches und der Schutz des Deutschen gegen Uebergriffe und Anmaßungen, sei es von welcher Seite immer, fordert; kräftiges Eintreten für alle berechtigten Wünsche und Beschwerden des Volkes.

Die nationalliberale Partei bewahrt auf wirtschaftlichem Gebiete ihren Charakter als Mittelpartei und muß daher Forderungen zurückweisen, welche in einseitiger Berücksichtigung der Interessen eines Berufsstandes andere für den Staat gleich wichtige Berufsstände empfindlich zu schädigen oder die Grundlagen unserer Volkswirtschaft ungestoßen zu gefährden sind. Derartigen Bestrebungen entgegen zu treten erachtet die nationalliberale Partei für ihre Pflicht, aber ebenso für die Pflicht jeder das Staatswohl allein zur Norm nehmenden Regierung.

Ein grelles Schlaglicht auf die Zustände in der nationalliberalen Partei aber wirft das Schicksal eines Zusatzantrages, der die Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts forderte. Das berechnete Mißtrauen, das aus diesem Antrage sprach, wurde mit Wucht sofort bekräftigt. Der Antrag wurde „mit knapper Mehrheit“ abgelehnt.

Wen nimmt das wunder bei einem Bourgeoisstängel, dessen säkische Sippschaft der Reaktion bei der Wahlentscheidung die allerunfeinsten Dienste geleistet, ja Herodes überherodisiert und das Dreiklassenwahlrecht durch den Vorschlag einer Lox Stumm überboten hatte?

Das Volk kennt die Nationalliberalen als Agenten des Großbesitzes, als die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse, als die schimpflichsten Verräter der Volkssache. Es erwartet von den Helfershelfern der Rehnert und Adermann, von den Spießgeßellen der Wirbach, den Lataten des „eiserne Kanzlers“ nichts anderes.

Aber daß die Schamlosigkeit so in ihrer Sünden Mai paradiert, fügt zur Verachtung den Ekel.

Wie wir es vorausgesagt, ist ein Kompromiß zu stande gekommen, das den Zusammenbruch auch nicht aufhalten wird.

Die Beschlüsse des Delegiertentages sind ein Freibrief für neunundneunzig vom hundert Insamien des politischen Rückschritts, der wirtschaftlichen Auswucherung der Volksmasse.

Und die hundertste Insamie wird dann, wenn die Stunde der Krisis schlägt, von den stets „unentwegten“ Patrioten mit grandioser Dirnengefälligkeit auch noch begangen.

So ergänzt sich der Spruch, den der gekrönte Landmann des Herrn von Bennigsen einst gethan hat, dahin: Professoren, Huren und Nationalliberale sind für alles zu haben.

So wird die politische Bühne zum Bordell und die Besinnung zur käuflichen Ware.

Das deutsche Großbürgertum ist am Rande des selbständigen politischen Daseins angelangt. Es ist geliefert.

Politische Uebersicht.

In Plauen haben sich dieser Tage unsere dortigen Genossen nachträglich noch eine schriftliche Ausfertigung des vernichtenden schöffengerichtlichen Urteils vom 7. Februar d. J. gegen Hans Blum und sein Boulangermärchen verschafft. Der Text stimmt mit dem mündlich verkündeten und schon damals bekannt gewordenen ziemlich überein.

Besonders bemerkenswert ist aber doch noch folgende Stelle, die wir dem Urteil wörtlich entnehmen: „In der heutigen Hauptverhandlung hat der Privatkläger (Hans Blum) eingeräumt, daß er die von ihm Seite 305/306 seines erwähnten Buches („Die Lügen der Sozialdemokratie“) citierten Quellen nicht gelesen habe, daß diese ihm vielmehr von einem in Paris lebenden, ihm befreundeten Engländer als Quellen für seine Behauptungen genannt worden seien, und er sie im Vertrauen auf die Richtigkeit der Mitteilung (!!) citiert habe.“ Hans Blum sieht also ruhig Bücher an, die er nie auch nur in der Hand gehabt hat! Das Urteil stellt hierüber folgende Betrachtung an: „Spricht nun auch das Citieren von Quellen, die der Privatkläger gar nicht gelesen hat, in Verbindung mit seiner verschiedentlich aufgestellten Behauptung, er habe keine Kenntnis der hochverräterischen Verbindung der deutschen Sozialdemokraten mit Boulangere aus den von ihm angegebenen Quellen geschöpft, sowie der Umstand, daß im Boulangereprozesse die erwähnte Verbindung Boulangere mit seinem Worte erwähnt worden ist und hierüber gar nicht verhandelt werden konnte, dafür, daß Privatkläger die mehrerwähnte Behauptung über die Sozialdemokraten wider besseres Wissen aufgestellt, mithin gelogen hat, so ist andererseits nicht zu verkennen, daß das Citieren nicht geleiteter Quellen in einem Mangel an literarischer Gewissenhaftigkeit seinen Grund haben kann, und daß der Privatkläger wegen einer mangelhaften Kenntnis des französischen Prozeßverfahrens und der französischen Sprache die Berichte des Journal officiel nicht verstanden haben mag und mehr daraus gelesen, als darin gestanden hat.“

Soweit der interessante Wortlaut des Urteils. Man kann es nun Hans Blum ruhig selbst überlassen, zu wählen, was ihn mehr ziert: die Wahrheitslichkeit der Lüge oder diejenige der Unwissenheit. Das Gericht entschied sich bekanntlich für letztere und verurteilte unsere Genossen zu 50 Mk. Geldstrafe, weil sie geglaubt hätten, Herr Hans Blum habe gelogen.

Deutsches Reich.

Ein Stephanscher Sozialpolitiker.

Im Reiche des Herrn v. Stephan hat der Name des Oberpostdirektors Hefz in Karlsruhe einen guten Klang. Herr Hefz hat sich stets durch eine energische Verfolgung des Verbundes deutscher Post- und Telegraphenassistenten, ausgezeichnet; jetzt hat er einen Hauptschlag gewagt, schade nur, daß er vorbeigeht.

In der Bezirksverwaltung der Oberpostdirektion in Karlsruhe Nr. 7 für August wurde angeordnet, daß an dem Geburtstage des Großherzogs alle badischen Postanstalten des Bezirks Sonntagsdienst abzuhalten hätten. Anscheinend, um festzustellen, inwieweit obige Verfügung zur Durchführung gekommen, wurde von unbekannter Seite an Beamte des Bezirks eine Anfrage gerichtet, ob wirklich am 9. September voller Sonntagsdienst abgehalten sei; die Antwort war unter Schiffs-erbeten, um etwaigen Dockspießereien vorzubeugen.

Schon am 12. September erschien folgende Verfügung des Oberpostdirektors, der den Brief doch erhalten hat:

Von einem Beamten meines Bezirks ist mir das in Abschrift hier beiliegende Schreiben zur Verfügung gestellt worden, in welchem um Auskunft über die Bestattung des Dienstes der Beamten und Unterbeamten am 9. September, dem Geburtstage Sr. Kgl. Hoheit des Großherzogs von Baden, ersucht wird. Da das Schreiben fotografirt ist, so darf angenommen werden, daß dasselbe auch anderen Beamten zugegangen sein wird. Die Ausdrücke in diesem Circular und die drei Nummern als Unterschriften deuten darauf hin, daß dasselbe aus jenem Kreise stammt, welcher Anbot-

mäßigkeit und Ueberhebung, freche Verhöhnung der Vor- gesetzten und unbedachte Kritik der Verwaltungsmahregeln für berechnigte Verletzung seiner Interessen hält und alle diejenigen, welche sich aus Ehr- und Pflichtgefühl als treue Beamte fernhalten, verfolgt und boshäftigt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Circular Stoff zu einer neuen Gemeinheit sammeln soll . . .

Der Kaiserliche Oberpostdirektor: Geh. Oberpostrat Hefz.

Welche Kreise mit dieser Hülspfla getroffen werden sollen, ist völlig klar: der genannte Verband. Aber ebenso unzweifelhaft ist auch, daß dieser mit der anonymen Anfrage nichts zu thun hatte, ja sie nicht einmal billigte, wie der Gewährsmann der Deutschen Postzeitung, die die obige Verfügung publiziert, von der Karlsruher Verbandsleitung auf seine — wohlgerichtet, vor dem Erscheinen der Hefzischen Epistel vom 9. September — eingezogene Anfrage zum Bescheide erhielt.

Herr Hefz aber kann stolz sein in dem Bewußtsein, das Wort: Rädelstührer zuerst dem amtlichen Sprachschabe einverleibt und dem Ausdruck: Gemeinheit im dienstlichen Schriftwechsel das Bürgerrecht verschafft zu haben.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Der Steinhauer Wilhelm Pfister aus Germersheim wurde am 30. September von der Mannheimer Strafkammer wegen Beleidigung des Kaisers zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Pfister hatte am 19. Juli d. J. in der Alten Sonne an einem Tische, an dem zwei Grenadiere des Mannheimer Regiments und der Cigarrenmacher Hauser saßen, das badische und preussische Militär heruntergesetzt und die Bayern gelobt. Zu einer Gedankenassociation hatte er schließlich eine Kleinigkeit über den Kaiser gebraucht, die Hauser sofort einem im Lokal anwesenden Gendarmen hinterbrachte. Pfister war so betrunken, daß er bei der Vernehmung durch den Gendarmen zweimal auf diesen hinschwankte. Trotzdem hielt ihn das Gericht noch für zurechnungsfähig und erkannte auf die erwähnte Strafe.

* Berlin, 5. Oktober. Der nationalliberale Parteitag setzte gestern seine Beratungen über die Gesetzgebung im Interesse des gewerblichen Mittelstandes, insbesondere über Handwerksorganisation, Regelung des Lehrlingswesens, fort, nahm die hierauf bezügliche Nummer 2 der von den Parteiblättern veröffentlichten Anträge des Centralvorstandes an und lehnte alle Abänderungsanträge, für das Baufach und ähnliche Gewerbe die Zwangsorganisation des Handwerks zu stellen, ab.

Wie wir schon berichteten, sollen Fortschritte im deutschen Eisenbahnbau geplant sein. Wie in Rußland, so sei auch, sagt man, in der preussischen Staatsbahnverwaltung die Einführung des elektrischen Betriebes in Aussicht genommen. Wie das Berliner Tageblatt erzählt, handelt es sich vorerst nur um die Einführung des elektrischen Betriebes auf der Wannseebahn bis zur Station Zehlendorf. Die Anlage und der Strom für den elektrischen Probebetrieb ist der Firma Siemens u. Halske übertragen worden. Schon in den nächsten Tagen soll die Strecke eröffnet werden.

Stöcker setzt sich nun auch mit seinem ehemaligen Leibknecht, dem Reichsboten, auseinander. Er klagt elegisch über den Hohn des Reichsboten, der das jetzige Stöckerblatt, das Volk, bekanntlich ein „ausgeputztes Ei“ genannt hat, und hofft, daß es zwischen Reichsboten und Volk schließlich friedlich zugehen werde. Als ob der Konkurrenzkampf nach solchen Hoffnungen fragte!

Der Verein zum Schutze des gewerblichen Eigentums veranstaltet am 12. und 13. Oktober in Berlin im Verein mit dem gleichen Zwecke gewidmeten österrödischen Verein eine Konferenz, die insbesondere der Erörterung der Frage dienen soll, ob es im Interesse der deutschen Industrie wünschenswert erscheint, daß das deutsche Reich sich dem Verbände zum Schutze des gewerblichen Eigentums anschliese.

„Einflußreicher Fürsprache und dem überzeugenden Nachweis des Niederganges des Interesses an den Rennen ist es“, wie der Konfessionär erzählt, „gelungen, den Widerstand, der sich bisher der Erlaubnis zur Abhaltung von Rennen an Sonntagen entgegenstellte, an den maßgebenden Stellen zu überwinden, so daß voraussichtlich vom nächsten Jahre ab die Abhaltung von Rennen auch an Sonntagen in Berlin gestattet werden dürfte.“ Welche Freude für die Pferdejuden, die Junker, die Wetter, für die Interessenten des Totalisators, für die Buchmacher, für die leichtsten Dämchen, für die ganze männliche und weibliche Halbwelt!

Nehmen Sie sich in acht; die Schildwache kommt auf das Fenster zu, sagte Rüdchel.

Habe Dank, Liebes Mädchen, sagte Wolfgang. Die Kleine schob den Laden wieder vor; Wolfgang trat schnell von der Wand zurück.

Die Schildwache kam an das geschlossene Fenster, blickte in das Zimmer und setzte, da sie die drei Gefangenen noch vorfand (Rüdchel wischte sich mit seinem roten Taschentuche Thränen aus den Augen) ihr Auf- und Abwandern fort.

Wolfgang teilte den Gefährten seinen Plan mit. Sie wollten in einem Augenblick, wo der Posten sich möglichst weit vom Fenster entfernt hätte, die Thür sprengen und, herausstürzend, sich der Gewehre bemächtigen. Das übrige würde sich dann wohl finden.

Balthasar wurde an das Fenster postiert; Wolfgang und Rüdchel ergriffen eine der langen Bänke, um sich derselben als Sturmbock zu bedienen.

Das Mädchen ist zu ihm getreten und bietet ihm Wein; er trinkt, rapportierte Balthasar.

Blitzmädel das! sagte Rüdchel.

Eins, zwei, drei! kommandierte Wolfgang.

Von dem kräftigen, gut geführten Stoß sprang die Thür krachend aus dem Schloß. Wolfgang und Rüdchel fielen beinahe hinterher. Im Nu hatten sie die Gewehre, die, wie es das Mädchen gesagt hatte, gleich zur Hand standen, ergriffen. Dann sprangen sie zum Hause hinaus auf die Schildwache zu, die, in der einen Hand die Flasche, in der anderen das Glas, das Gewehr bei Fuß, ein Bild hilflosen Schreckens dastand und von Rüdchel ohne Mühe entwaffnet wurde.

Dies alles war so schnell geschehen, daß die beiden Soldaten, die in dem Zimmer auf der anderen Seite ruhig bei

ihrem Wein geessen hatten, sich überrumpelt sahen, bevor sie wußten, wie ihnen geschehen war.

Rüdchel hatte Balthasar, der sich immer dicht hinter Wolfgang gehalten, das dritte Gewehr in die Hand gedrückt. Die Soldaten, die recht gut wußten, daß ihre Gewehre scharf geladen waren, dachten an keinen Widerstand. Der sehr schlaue Wirt that auf das äußerste erschrocken, als Wolfgang ihm die Bajonettspitze auf die Brust setzte und mit fürchterlicher Stimme befahl, sie zugleich mit seinem Kahn an das andere Ufer zu fahren. Rüdchel, der sofort auf Wolfgangs Absicht einging, tobte und fluchte, wie ein Besessener und drohte das Mädchen zu erschließen, das mit den Soldaten scharmuziere, anstatt ehrlichen Kerlen zur Flucht zu verhelfen. Er stellte den Wütenden so natürlich dar, daß das Mädchen allen Ernstes erschrak und Wolfgang mit gefalteten Händen und thranenden Augen um Rettung anflehte. Wolfgang faßte sie bei der Hand und rief:

Er soll Dir nichts thun; aber mit zum Boot mußt Du; der Alte mag hier bleiben, jetzt marsch! Adieu, Ihr Herren!

Adieu! rief Rüdchel, und wenn der Offizier kommt, sagt ihm nur, der Lieutenant Hohenstein und der Unteroffizier Rüdchel vom neunundzwanzigsten ließen sich ihm empfehlen.

Wolfgang hielt es für die höchste Zeit, dieser Scene ein Ende zu machen. Der Wirt hatte die Dorfbenohner herbeigelockt, die sich bis jetzt allerdings in scheinbarer Ferne hielten, von denen man aber doch nicht wissen konnte, ob sie nicht zuletzt für die Soldaten Partei nehmen würden.

Glücklicherweise waren es nur wenige Schritte von dem Wirtshause bis zur Fähre. Ein sechzehnjähriger Bube, den die schwarzen Augen deutlich genug als Bruder des Mädchens bezeichneten, stand bei dem plumpen Kahn und zeigte seine weißen Zähne, als Rüdchel (immer noch in seiner Bramarbas-Rolle) ihm den Kolben des Gewehres über den Kopf

schwang und ihn umzubringen drohte, wenn er sie nicht ordentlich hinüberbrächte.

Rüdchel und Balthasar waren in den Kahn gestiegen. Wolfgang faßte das hübsche Mädchen bei der Hand und sagte:

Leb wohl, ich wollt' ich könnte Dir danken, wie Du's verdienst.

Das Mädchen blinnte sich scheu um; es war ihnen niemand bis ans Ufer gefolgt.

Behüt' Dich Gott! sagte sie, Wolfgangs Hand mit beiden Händen erfassend und Augen und Mund zu ihm erhebend. Wolfgang drückte einen Kuß auf die frischen Lippen, sprang in den Kahn, der Bursche stieß ab und erzählte während des Ruderns, das ganze Dorf sei republikanisch, mehrere von ihnen seien drüben bei den Freischärlern; ob die Herren ihn nicht mitnehmen wollten? Rüdchel war gleich dazu bereit, aber Wolfgang wollte nichts davon wissen. Kommt Zeit, kommt Rat, sagte er; für diesmal kehre Du nur ruhig wieder um, lieber Junge, und hörst Du, laß Dir nicht merken, daß Du uns gern gefahren hast!

Er drückte, als sie gelandet waren, dem Burschen ein Goldstück in die braune Hand und war aus dem Kahn, bevor der Bursche vor Ersäumen über das hohe Fährgeld zu Wort gekommen war. Die anderen folgten. Von der Stelle, wo sie gelandet waren, schlängelte sich ein Fußpfad durch Wiesen und Kornfelder landeinwärts. Das sei der nächste Weg zur Eberburg, hatte der Bursche gesagt. In der Entfernung von ungefähr einer halben Meile blickten die ehrwürdigen Ruinen von ihrem Hügel zu ihnen herüber. Kein Hindernis lag jetzt zwischen ihnen und ihrem nächsten Ziel. Wolfgang schüttelte den Gefährten die Hände und rief frohlich: Vorwärts marsch!

(Fortsetzung folgt.)

Ueber die Raumannianer schreibt die Allnische Volkszeitung, das bekannte Centralblatt: „Ueberblicken wir dies alles, so kommen wir zu dem Resultat, daß die „National-Sozialisten“ gar keine Ursache haben, zu verzagen, sondern sich recht guter Aussichten erfreuen. Allerdings darf man aber auch in diesem Falle wohl sagen: „Das Ende trägt die Last.“ Unsere größte Befürchtung ist nämlich nicht, daß die Herren Raumann und Gähre keinen Anspruch haben, sondern daß, wenn der national-sozialistische Proceß erst etwas ausgewachsen ist, er von dem sozialdemokratischen Storch aufgefressen werden wird. Denn je näher die Entscheidung heranrückt, desto mehr werden alle Zwischen-Nuancen verschwinden, bis die Welt in zwei große Heerlager geschieden ist. Daß dann die National-Sozialisten der werdenden Kraft der Sozialdemokratie verfallen müssen, leuchtet ohne weiteres ein.“

Neue Kolonialausgaben sind in Sicht. Offiziell wird gemeldet: „Um dem Wettbewerb anderer Länder um die wirtschaftliche Erschließung der fruchtbaren Gebiete Centralafrikas zu begegnen, bildet sich jetzt unter dem Protektorat des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg ein Komitee, um eine Tanganjika-Dampfer-Expedition in die Wege zu leiten. Die Initiative hierzu ist auf den Gouverneur v. Wischniowski zurückzuführen, der auch dem Komitee angehört wird. Mit der Führung der Expedition wird Lieutenant Schloiser I betraut werden. Das Auswärtige Amt steht dem Unternehmen sympathisch gegenüber.“

Wenn die protegierenden Herzöge und die hohen Beamten des A. A. aus ihren Mitteln mithun wollen, so ist das ihre Sache. Die Hände aber sollen sie vom allgemeinen Steuerfädel lassen.

Darauf aber läuft die ganze Mache hinaus.

Hannover, 4. Okt. Genosse Reichstagsabgeordneter Meister ist in kurzer Zeit zum dritten Mal vor den Untersuchungsrichter geladen, um als Angeeschuldigter vernommen zu werden. Die Ladungen erfolgten zum 25. und 28. September und die letzte zum 3. Oktober. Das bemerkenswerteste aber ist, daß in jeder der Vorladungen der Passus enthalten ist: „Im Falle Ihres Ausbleibens wird Ihre Vorführung erfolgen!“

Genosse Meister denkt natürlich gar nicht daran, der Vorladung Folge zu geben und der Staatsanwalt wird schon zur rechten Zeit sich davon überzeugen, daß er gegen die verfassungsmäßig den Reichstagsabgeordneten gewährte Immunität machtlos ist. Bezeichnend ist aber an der Angelegenheit, daß überhaupt einem Abgeordneten die Vorführung angedroht wird. Freilich, man kennt ja die Schnelligkeit der hannoverschen Justiz.

Hamburg, 3. Oktober. Der Einsturz einer Brücke in Kiel. In der heutigen Verhandlung über den Einsturz einer Anlegebrücke bei der Germaniarwerft in Kiel am 19. August 1895, bei welchem 13 Personen das Leben einbüßten, gab das Seeamt den Spruch ab, daß der Unfall dem zu hastigen Vordringen der Arbeiter auf die Brücke zuzuschreiben sei; die Brücke habe den Anforderungen genügt. Nun wissen wir's.

Strasbourg i. El., 4. Oktober. Die badische Regierung lassen die Vorbeeren der reichsständischen nicht schlafen. Die Straßburger Sozialdemokraten wollten gestern nachmittags im badischen Dorfe Neumühl ein Volksfest abhalten, wofür Bebel die Festrede übernommen hatte. Die Polizei verbot das Fest jedoch; eine starke Abteilung Gendarmen „musste“ die Teilnehmer gewaltsam aus dem Festsaal entlassen.

Österreich-Ungarn.

Julius Gregr 7.

Prag, 4. Oktober. Der Herausgeber der Narodni listy, Julius Gregr, ist gestorben. Gregr, geboren am 19. Dezember 1831, war einer der Führer der Jungtschechen. Die Narodni listy gründete er 1861 mit Palady und Kieger; sie war die erste selbständige politische Zeitung in tschechischer Sprache.

Die russischen Soldaten hungern und werden gemißhandelt.

Lemberg, 4. Oktober. Die österreichische Polizei hielt einen russischen Deserteur Namens Schipowalow an, der angeblich der Grund seiner Desertation seien Hunger und Mißhandlungen sowie die Nichtauszahlung seines Soldes. Viele russische Soldaten desertierten aus denselben Gründen.

Luxemburg.

Das neue Branntweinsteuergesetz.

Luxemburg, 4. Oktober. Mit dem 2. Oktober ist das neue Branntweinsteuergesetz, das sich bekanntlich an die deutsche Gesetzgebung anlehnt, in Kraft getreten. Es hat die Ernennung von etwa 30 neuen Steuerbeamten im Gefolge gehabt.

Schweiz.

Das dreihundertste Referendum. — Eine Referendumsliste.

Bern, 4. Oktober. Bei der heutigen Volksabstimmung wurde das Eisenbahnerregulierungsgesetz, dieser Dorn im Auge der raffgierigen Eisenbahnbarenen, mit ungefähr 218000 gegen 174000 Stimmen angenommen. Welcher Schmerz für Herrn Guyer-Zeller, den Eisenbahnkönig in Bülach, welche unnützen Gelbtausgaben für Presse und Agitation! Die Annahme des Gesetzes ist ein kultureller und wirtschaftlicher Erfolg für das Schweizervolk. Das Viechhandelsgesetz wurde mit einer kleinen Mehrheit, das Disziplinarstrafgesetz mit einer erdrückenden Mehrheit abgelehnt.

In der Bülacher Post, dem streitbaren Organ der schweizerischen Demokratie, lesen wir am Vorabend des Referendums diese feine Randbemerkung:

Die Gegnerschaft, die eine Zeitlang nicht müde wurde, den Juden von Frankfurt als harmlos hinzustellen, hat sich jetzt denselben Juden zugelegt, um ihn gegen das Gesetz auszuspielen. Weil die Frankfurter Zeitung in einem politischen Zeitungsartikel die Hoffnung ausdrückte, das Rechnungsgesetz werde angenommen werden, soll die Vorlage jetzt den Juden Freude machen. Etwas mehr Ehrlichkeit würde nicht schaden. Warum verschweigen die Gegner, daß im Handelsteil der Frankfurter Zeitung — das ist die jüdische Domäne — gegen das Gesetz geschrieben wurde?

Franreich.

Der tunesisch-italienische Vertrag. — Die Madagascarfrage. Der Zar und das Weißwasser.

Paris, 3. Oktober. In erster Stunde wurden doch die langwierigen Verhandlungen über den tunesisch-italienischen Vertrag einer friedlichen Lösung entgegengeführt. Italien verzichtet auf die Fortsetzung des am 28. September abgelaufenen Vertrages von 1868 und wird fortan zu Tunis in demselben Verhältnis stehen, wie alle anderen Staaten. Der französische Minimal-Volltarif wird auch auf die italienische Einfuhr angewendet, und Italien wird die Meistbegünstigungsklausel Frankreich gegenüber nicht geltend machen können. Die Dauer des

neuen Vertragsverhältnisses ist auf neun Jahre festgesetzt. — Damit ist ein Konflikt geschlichtet, der viel Lunte diesseits und jenseits der Alpen hat stecken lassen. Die von Crispi, dem Franzosenfeind, erhobenen Ansprüche mußten von Rudini, so bitter dies ihm auch wurde, angeichts der vollendeten Thatfache der französischen „Schutzherrschaft“ in Tunis, fallen gelassen werden.

Aus Madagascar sind wieder einmal höchst beunruhigende Nachrichten eingetroffen. Der zur Befestigung des Aufstandes geschickte General Gallieni ist noch immer nicht im Stande, bis nach Tananarivo vorzudringen, weil die Hauptstadt angeblich von 100 000 Rebellen umzingelt ist. In der Hauptstadt befindet sich aber das Gros der Occupationstruppen. Man fürchtet daher in Paris sehr das Schicksal der Garnison. Die Befürchtungen werden noch gesteigert durch das hartnäckige Schweigen der Regierung über alles, was auf Madagascar vorgeht. Selbst die ministerielle Presse wird widerhaarig und fragt, ob denn der Zarenempfang der Regierung keine freie Minute lasse, um die Öffentlichkeit über die wahre Situation auf Madagascar aufzuklären. Doch ein Schuß gibt mehr als er hat. Die Regierung dürfte selber, insolge des abgeschnittenen Verkehrs zwischen Tananarivo und den Hafenstädten, keine direkten Nachrichten erhalten haben.

Unter den kriegerischen Ehrungen, die dem Zaren zugebracht werden sollen, nimmt den ersten Rang ein die Grundsteinlegung zur Weltausstellungsbriücke, die „Alexander III.-Brücke“ getauft werden wird. Die Sache scheint indes sehr peinliche Zwischenfälle hervorzurufen zu sollen. Nach glaubwürdigen Meldungen besteht der Zar darauf, daß der Grundstein, wie es im rechtgläubigen Rußland unumgänglich, von einem kirchlichen Würdenträger mit Weihwasser besprengt werden soll. Nun ist aber die Republik ein weltlicher Staat, der Alerius hat keinen Platz in den öffentlichen Ceremonien. Wird sich die Regierung auch diese Zumutung des liebenswürdigen Gastes gefallen lassen? Wird sie auf die allerhöchste Grundsteinlegung verzichten? Die Frage wird ihr noch mehr Angst und Bein verursachen als die andere, nach vielen Beratungen unerledigt gebliebene Frage, ob die Ministerfrauen vor dem Zarenpaar in Schleppentleibern erscheinen und wie lang die Schleppen sein sollen. . .

Bravo!

Wien, 3. Oktober. Die sozialistische Mehrheit des Gemeinderats hat den von der republikanischen Minderheit beantragten Willkommengruß an den Kaiser und die Kaiserin von Rußland abgelehnt und eine Adresse angenommen, in der dem russischen Volke die Sympathie des Gemeinderats ausgesprochen wird. Die Adresse wird dem Volschastler Baron von Mohrenheim überreicht werden.

Der Deutschengekrummel, den die Ailer Bourgeoisie im Juli in Szene gesetzt hat, um den Gemeinderat zu stürzen, hat nichts gefruchtet. Es geht vorwärts mit der sozialistischen Aufklärungsarbeit. Der Beschluß unserer Ailer Freunde macht ihnen alle Ehre. Wie verächtlich erscheint dagegen das Bettelkriechen der französischen Bourgeoisie vor Wäterchen!

Italien.

Der Schrecken auf Sicilien. — Die Crispiblätter.

Rom, 3. Oktober. Der Zivilkommissar von Sicilien, Cobronchi, unterbreitete dieser Tage dem Ministerium seine Reformvorschlüge für die Insel.

An Stelle der erwarteten Socialgesetzgebung werden aus Corleone und Termini Imerese Massenverhaftungen gemeldet. In Hunderten wurden Socialisten in Corleone, Prizzi, Caccamo, Gimignano, Montemaggiore etc. ins Gefängnis geworfen. Diese Verhaftungen, über deren Ursachen die Regierung tiefes Stillschweigen beobachtet, erregen Schrecken im ganzen Land. Die Socialisten wissen, worum es sich handelt — jede Organisation der Arbeiter soll zerstört, jede Bewegung verhindert werden. Der Crispinismus ist in Rudinischer Form wieder erstanden.

Die Crispiblätter machen nur zum Teil die Metamorphose mit und werden Rudinisch, die anderen sterben aus. La Patria (Das Vaterland) in Turin stellte eben sein Erscheinen ein, die an die Luft gefetzten Goldschreiber erklärten unndotigerweise, daß ihre Kräfte zur Erhaltung der Zeitung nicht hinreichten und wollen auf Schadenersatz gegen ihre bisherigen Brotgeber klagen.

Südafrika.

Wie der Matebeleaufstand wirkt.

In Rhodesia, dessen von Cecil Rhodes geknechtete Bevölkerung in Aufruhr ist, sind nach einem Telegramme des Londoner Daily Chronicle die Preise der Lebensmittel bis zu Hungerpreisen gestiegen. Für eine Flasche Milch werden 5.50 M., für die übrigen Lebensmittel entsprechende Preise gezahlt.

Japan.

Militarismus in Ostasien.

Das japanische Heer soll noch in diesem Jahre zu den sieben schon bestehenden fünf neue Divisionen erhalten und dann in drei Tokoku oder Armeen zu je vier Divisionen eingeteilt werden. Bisher hatte der Kriegsminister selbst den unmittelbaren Oberbefehl über sämtliche Divisionen; doch fortan werden sie unter dem Befehl von drei kommandierenden Generalen stehen. Die erste Armee umfaßt im Norden die beiden alten Divisionen von Tokio und Sendai, die neue schon bestehende Division von Sapporo und die noch zu bildende Division von Kamori, zusammen die 1., 2., 7. und 8. Division. Kommandierender General soll General Graf Nosu werden mit dem Sitz des Stabes in Tokio. (Graf Nosu ist im Kriege mit China im Oberbefehl über die erste Armee der Nachfolger des in der Mandchurie ertränkten und deshalb abberufenen Feldmarschalls Marquis Yamagata gewesen.)

Raubmordproceß Berchtold.

+ München, 3. Oktober.

Verteidiger v. Pannewitz legt einen ihm heute zugegangenen anonymen Brief mit Drohungen vor, der Zeugnis dafür ablegt, mit welchem Hass die Angeklagte von gewissen Seiten noch verfolgt werde.

Der Schriftvergleich Bernat behauptet in einem unbedeutenden Gutachten, die Unterschriften auf den Schlussnoten in den Bankgeschäften rührten von Berchtold, nicht von seinem Doppelgänger Forster her. Der zweite Schriftvergleich, Sittl, behauptet in einem sehr langen Gutachten das Gegenteil. Bisher ging eine erregte Erörterung zwischen dem Präsidenten und dem Verteidiger v. Pannewitz, der sich beklagte,

daß die von ihm an die Frau des Berchtold gesandten Briefe, obwohl sie in Converts mit dem Ausdruck seines Namens (des Verteidigers) verschickt waren, wiederholt beschlagnahmt wurden und erst 3 oder 4 Tage nach der Abfindung in die Hände der Adressatin gelangten. Hiergegen behält sich der Verteidiger die Officialbeschwerde vor.

Staatsanwalt Schlicht konstatiert, daß der Schriftvergleich Sittl kein Gutachten auf Schriftproben Berchtolds aufgebaut habe, die nicht aus dem Jahre 1893, sondern aus dem Jahre 1896 stammen.

Bei der mit dem inzwischen verstorbenen J. Forster und dem Angeklagten vorgenommenen Schriftproben schrieb Forster Orleansstraße, Berchtold dagegen Orleansstraße (mit Weglassung des r); „Orleansstraße“ steht auch in der Unterschrift einer der Schlussnoten der Bankiers.

Schriftvergleich Hauer behauptet, daß Berchtold die Unterschriften geschrieben habe.

Der Verteidiger legt nun eine Schriftprobe des erst vor kurzem vom Landgericht München II zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilten Kraus, der von den Staatsanwälten verurteilt worden sei, vor und macht darauf aufmerksam, daß diese in ihren einzelnen Buchstaben dieselbe Eigenheit wie die des Berchtold zeige.

Der Schriftvergleich Oberlehrer Weismann giebt sein Gutachten dahin ab, daß niemand anders als Berchtold die drei Quittungen bei den Bankiers ausgestellt habe.

Die Anklage findet es für Berchtold auch belästigend, daß er nach dem 23. Februar 1893 bedeutende Ausgaben gemacht hat. Demgegenüber behauptet die Verteidigung, daß Berchtold im Laufe des Jahres 1892 auch bedeutende Einnahmen hatte, so daß die Ausgaben Berchtolds im Jahre 1893 durchaus nicht auffällig erscheinen.

Durch eine Menge Zeugen wird dargethan, daß B. in der That 1892 und 1893 ziemlich erhebliche Einnahmen für seine Arbeiten gehabt habe. Er hat stets fleißig mit gearbeitet und auch sein Holz- und Kohlenhandel ging sehr flott.

Zeuge Joh. Buscher, der oft bei dem Angeklagten gearbeitet hat, sagt aus: Berchtold war ein ausgezeichnete braver Familienvater. Dann hatte er die Gewohnheit, wenn er mehr Geld eingenommen hatte, alles in seiner Börse mitzunehmen und sehen zu lassen. Die Frauen, die in demselben Viertel wie Berchtold wohnten, seien „die schlimmsten Weiber von ganz Europa“. Auch Zeuge hat, so lange Frau Berchtold bei ihm wohnte, anonyme Schmähbriefe erhalten. Frau Berchtold hat sich vor zwei Tagen unter ihrem Mädchennamen in Haidhausen eingemietet, ist aber gestern von ihrem Hausherrn, der ihren jetzigen wahren Namen erfuhr, sofort wieder auf die Straße gesetzt worden. Berchtold war etwas hibzig, aber sofort wieder gut. Er hat seinen Freunden gern ausgeholfen. Im Winter geht's immer etwas schlechter bei den Maurern, Berchtold hatte aber etwa 200 bis 300 M. Außenstände.

Zeugin Antonie Biehrer (noch nicht 16 Jahre alt, daher unbedeutend vernommen) war 1892/93 von Berchtold als armes Mädchen aus Mitleid in seine Familie aufgenommen worden. Zeugin giebt an, daß Berchtold im Februar 1893 alles verfehlt haben, sogar die Trauringe. In Pfingsten 1893 habe Berchtold mit seiner Frau einen längeren Ausflug nach Salzburg gemacht. Von Salzburg sei auch ein Faß Wein (Ruster-Ausbruch) gekommen und Frau Berchtold habe von der Reise eine neue Bluse mitgebracht. Die Haare Berchtolds seien immer mehr grau als blond gewesen. Einen Ausflug von Wolpert hat die Zeugin an Berchtold nie bemerkt. Endlich erklärt die Zeugin, daß auch noch nach dem 23. Februar 1893, dem Todeslage der Emetzklofer, Sachen verfehlt worden sind.

Die Zeugin Forster bekundet, daß Frau Berchtold kurz nach dem Tode der Emetzklofer zu ihr gefagt habe: „Denken Sie, jetzt verdächtigen sie meinen Mann, die Emetzklofer umgebracht zu haben, und wir haben doch keinen Pfennig Geld im Haus!“ Aufwand hat Zeugin bei den Berchtolds nicht bemerkt.

Polizeikommissar Seuffert wird nochmals vorgelesen und giebt zu, daß er 1893 einmal zu Frau Marie Rühlend geäußert habe, er glaube nicht, daß Berchtold das Geld bei Frau Emetzklofer gestohlen habe.

Verteidiger: Auch in diesem Jahre sollen Sie zu der Frau dieselbe Aeußerung gemacht haben.

Der Zeuge verneint dies.

Verteid.: Die Zeugin hat es aber heute morgen gesagt.

Staatsanwalt: Wenn Sie das auch 1893 gesagt haben, würden Sie heute wohl dasselbe glauben?

Zeuge: Ich habe es damals für Verleumdung gehalten, die Leute haben eben so viel daher geredet. Heute mögen ja die Umstände anders liegen!

Verteid.: Haben Sie nicht noch in diesem Jahre gesagt: „Ich kann beschwören, daß Berchtold unschuldig ist?“

Zeuge: Nein, das hab' ich nicht gesagt.

Verteid.: Es ist ein Zeuge dafür da und bitte ich den Maurer Joh. Buscher vorzurufen.

Buscher wird vorgelesen und erklärt, daß er am Tage nach der Verhaftung Berchtolds mit Herrn Seuffert gesprochen und daß dieser gefagt habe: „Ich kann nicht glauben, daß Berchtold der Thäter ist.“

Seuffert giebt nun diese Aeußerung zu.

Zeugin Viktoria Wagner weiß von einer Notlage der Berchtolds 1892/93 nichts.

Verfegerin Anna Friedrich sagt, daß von Berchtolds 1892 Bettwäsche, Bettstübe, 1 Zoppe, 1 Paar Damenstiefel, 4 goldene Remontoiruhren, 1 goldene Damenuhr, 5 Ringe etc. verfehlt wurden. Vom 22. Februar 1893 ab wurde nichts mehr verfehlt, dagegen wurden ausgelöst am 23. Februar 1893 ein Paar Damenstiefel und 1 Zoppe um 5.50 M. Die übrigen Gegenstände wurden teils am 8. und 30. März und am 14. und 27. Juni 1893 wieder ausgelöst.

Bei der Verfegerin Walburga Wey haben die B. gleichfalls verfehlt und wieder eingelöst; Wertfachen sind im März 1893 verfehlt worden.

Der Verteidiger konstatiert, daß Berchtold in der Zeit, in welche die Ausfahrungen fallen, von Herrn Steinbacher 400 M. ausbezahlt erhielt, was auch der Staatsanwalt nicht bestreitet. Dagegen stellt der Staatsanwalt an Berchtold die Frage, woher er die 456.50 M. nahm, mit denen er am 23. Februar 1893 nachgewiesenermaßen Schulden bezahlte.

Der Angeklagte erklärt hierauf, daß er 200 M. von seiner Schwiegermutter erhalten, das übrige Geld aber in seinem Geschäft eingenommen habe.

Es folgen darauf noch einige Befundungen über Begegnungen mit B. am Morgen des 23. Februar 1893.

Hierzu eine Beilage.



Die Geschmackvollste u. Grösste Auswahl

am Platze

in **Damen-Mänteln** wie
Jackets, Capes, Radmäntel
Regenmäntel und
Kindermäntel

vom einfachsten bis zum elegantesten
 Genre bieten

zu den denkbar niedrigsten Preisen

Sperling & Wendt

Petersstrasse 36

LEIPZIG

Petersstrasse 36.

Gummi- und Celluloid-Arbeiter

und ArbeiterInnen.

Dienstag den 6. Oktober abends 7/9 Uhr

Oeffentl. Versammlung

in der Gesellschaftshalle zu Lindenau.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Köhler-Petzold über: Die Regelung der Arbeit. 2. Die Lohnbewegung der Holzbrecher und wie stellen sich die Gummi-Arbeiter hierzu. 3. Gewerkschaftliches. Die Lohnkommission.

Konsum-Verein

Neuschönefeld u. Umg.

Mittwoch den 7. Oktober d. J. abends 8 Uhr

Außerordentliche General-Versammlung

im Thüringer Hof, L.-Volkmarsdorf.

Tagesordnung: Fortsetzung der General-Versammlung vom 28. September d. J.

Zutritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches oder Quittungskarte. 8182]

Der Vorstand. Carl Gottschalk, Richard Hornhauer.

Verein für Naturheilkunde L.-West.

Dienstag den 6. Oktober abends 7/9 Uhr im Felsenkeller

Grosser Vortrag

von Frau Luise Müller, Freiberg: Welche Vorteile bietet die Naturheil-methode in wirtschaftlicher und städtischer Beziehung? 8428

Sebermann hat freien Zutritt.

Sonnabend den 10. Oktober im Vereinslokal und Gesellschaftshalle.

Priessnitz-Feier.

Programme à 15 Pfg. bei Saup, Romienstr. 8, Hönemann, Bischofsche Str. 52, Mörtzschky, Mühlener Straße 32.

Dienstag, 13. Oktober, General-Versammlung im Vereinslokal.

Geehrten Gewerkschaften u. Vereinen

empfehle meine reich sauberen Räume zu Versammlungen und Festlichkeiten. Anerkannt gute Biere und große Auswahl in Speisen. In Achtung W. Spiess (Stadt Hannover).

Restaurations-Uebernahme.

Hierdurch erlaube ich mir, einem geehrten Publikum die ergebenste Mitteilung zu machen, daß ich das

Restaurant zur Eausche

Ecke der Josephinen- und Brommestraße käuflich übernommen habe. Ich bitte, das meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen. 8424

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Jeden Mittwoch Schlachtfest.

Sonnabends Schweißbrotchen sowie Sonntags früh Speckkuchen. Hochachtungsvoll Karl Schneegass.

Albertgarten

Heute Montag den 5. Oktober

8427

III. Konzert

der ältesten und beliebtesten Muldenhäuser Sänger. Neues urkomisches Programm! Neues urkomisches Programm! Anfang 8 Uhr. — Entree 30 Pfg. — Vorverkauf 20 Pfg. Passpartouts und Vereinskarten gültig. G. Pflaume.

Besonders wichtig

für Herren- und Damen-Schneider.

Sämtliche Zuthaten

als: Zwirne, Seide, Futterstoffe, Zanellas etc. verkaufte zu den denkbar billigsten Preisen.

Als ganz vorteilhaft und günstig offeriere ich

Winterüberzieher-Futter

130 cm breit in schönen Mustern, per Mtr. schon von 1 Mk. an,

Bügelsteifes Reinleinen

98/100 cm breit, per Mtr. 55 Pfg.

Zanella

Nr. 400, 140 cm breit, per Mtr. 2 Mk.

Nähmaschinenfaden

pro 1000 Yard Obergarn pro 1000 Yard Untergarn

Rolle 25 Pfg.

Rolle 17 Pfg.

Trotz der sehr niedrigen Preise gewähre ich meinen Abnehmern auf ein Rabattbuch, welches ich auf Verlangen jedem gern ausstelle, von jetzt ab

6 Proz. Rabatt,

der am Jahreschluss zur Auszahlung gelangt.

Carl Häuser

Reichsstrasse 6, Ecke Schuhmachergässchen

Parterre u. I. Etage.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Schönefeld die ergebenste Mitteilung, daß ich meine

Brot- und Weißbäckerei

nach der Südstrasse in mein neuerbautes Haus verlegt habe. Mit dem Bestreben, meine Kundschaft nach wie vor in streng reeller Weise zu bedienen, bringe ich meine Waren in empfehlende Erinnerung. 8428

Hermann Bischoff

NB. Machte die geehrten Hausfrauen bei Bedarf auf meine in zweckmäßigster Weise hergestellten **Kuchenbäckerei** aufmerksam.

Ein Kauf von Fed., Knochen, Metall, Papieren, etc. Volkmarstr., Bogislavstr. 15, Sandwerts., Kupferstr. g. b. g. v.

Warzen und Gewüchse beseitigt Ernst Ulrich, Barbier Ecke Rolke- und Brandvorwerkstr.

Da sich im bisherigen Verlage des Sozialist. Akademikers bauernb. Mühseligkeiten redaktioneller und finanzieller Natur der Art gezeigt haben, daß ein weiteres Zusammenwirken der streitenden Teile ausgeschlossen erscheinen mußte, so ist einer von den beiden Teilnehmern des Verlags auf Anraten seines Rechtsbeistandes vom Verlage zurückgetreten. Da keine Aussicht vorhanden ist, daß der andere Teilnehmer des bisherigen Verlags (Herrn: Hans Wank) das Blatt, selbst wenn er dessen bisherigen Titel sich aneignen sollte, auch im bisherigen Sinne und mit entsprechendem Inhalt fortführen wird, so wird vom Oktober d. J. ab eine zwar neue, aber dem Sozialist. Akademiker nach Haltung und Inhalt entsprechende Monatschrift (im Umfange von 4-5 Bogen) erscheinen unter dem Titel

Neuland.

Für obige Zeitschrift haben neben einer größeren Anzahl der Mitarbeiter des bisherigen sozialistischen Akademikers noch mehrere bekannte in- und ausländische Autoren ihre Mitwirkung zugesagt. Ein ausführlicher Prospekt wird in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangen. Die erste Nummer wird am 15. Oktober erscheinen. 8429

Verlag der Monatschrift Neuland Joh. Sassenbach Berlin 4, Invalidenstr. 146.

Elisabeth-Bad

L.-Volkmarsdorf, Elisabethstr. 27. Sattelstelle der Straßenbahn. Neu einger. Kasten-Dampf-, Holztrecken-, Luft-, Kräuter-, Kist-, Wannen-, Dampf-, Sitz-, Regen- u. Brausebäder, Packungen, Massage etc. 8427

Mein Billiges Special-Betten-Geschäft befindet sich jetzt: Nürnberger Str. 22.

40 getragene Herren- u. Damen-Hüten von 6 Mk. an verkauft mit Garantie 8874

Uhrmacher Hille, Neumarkt 13.

8 Immer elegant 8 und billig können sich alle Herren kleiden. Neue u. wenig getragene Herrenkleider: Anzüge, Fracks, Gosen, Winterüberzieher, Gabelsack verkauft und verleiht

8 E. Brandt 8 I. Große Fleischergasse I.

Prachtvolle, dauerhafte Damenschnepfstiefeln, 4.05 Mk. E. Loewenthal, Windmühlenstr. 19. Bestell. n. Matr., Kleider u. Mädchenstr., Berlin, s. r. bilf. a. Abgabt. Bayer. St. 6, S. r.

Gegen die Umsatzbesteuerung der Konsumvereine

sprach am Donnerstagabend im Sächsischen Hof zu Schönfeld Genosse Fell-Plagwitz. Aus seinen beachtlichen Ausführungen haben wir folgendes hervor:

Die Umsatzsteuer sei bestimmt, die Gemeindefassen zu füllen und die Konkurrenz für die kleinen Händler zu beseitigen. Die diesbezüglichen bisherigen Beschlüsse seien in vollständigster Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse und der bestehenden Gesetzgebung, namentlich der einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung, der sächsischen Verfassung und der Reichsweiten Städteordnung gefasst worden. Selbst bei den geistigen Urhebern der Umsatzsteuer, den Kaufleuten, herrsche völlige Unklarheit über die Wirkungen dieser Steuer und über das Konsumvereinswesen an sich.

In Sachsen seien die Konsumvereine längst eine soziale Einrichtung geworden, geeignet, die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen zu heben. Früher von der bürgerlichen Gesellschaft als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie begünstigt, habe die Feindschaft der bürgerlichen Parteien gegen die Konsumvereine sofort ihren Anfang genommen, nachdem die Arbeiter begannen, die Verwaltungen der Konsumvereine in die eigenen Hände zu nehmen. Anfangs freilich seien die Arbeiterkonsumvereine noch nicht recht ernst genommen worden, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse seien aber ihrer Entwicklung zu Hilfe gekommen. Ihre Existenz sei durch die Eintragung in das Genossenschaftsregister gesetzlich und juristisch garantiert worden. Niemand habe das Recht, sie zu verbieten und ihnen das Leben sauer zu machen.

Später wurde das Genossenschaftsgesetz verschlechtert und die Konsumvereine zu gewöhnlichen Gewerbetreibenden gestempelt, was sie natürlich veranlaßt, auch ihren Betrieb auszubehnen. Die Steuerfreiheit und das Recht des Schnapsverkaufs ohne Konzession wurde ihnen schon vor Jahren genommen. Bei Strafe ist es nun vom 1. Januar an den Konsumvereinen verboten, an Nichtmitgliedern zu verkaufen. Viele haben sich dadurch veranlaßt gesehen, die Mitgliedschaft zu erwerben. Der beabsichtigte Schlag gegen die Konsumvereine hatte also die entgegengesetzte Wirkung.

Die Umsatzsteuer soll nun die Konsumvereine nicht nur einschränken, sondern ganz vertilgen, und es sei auch nicht ausgeschlossen, daß ihr einige Vereine zum Opfer fielen. Im sächsischen Landtage habe man sich bei Beratung des bekannten Antrages wider nicht in Konflikt mit der Reichsgesetzgebung bringen wollen und die Einführung der Umsatzsteuer den Gemeinden überlassen. Man habe sich also um die juristische Frage der Zulässigkeit herumgedrückt, in der Hoffnung, daß die interessierten Verwaltungen nicht rechtskundig seien. Da es sich in den Konsumvereinen nur um die arbeitenden Bevölkerungsschichten handelt, habe man ohne jede sonst übliche Enquete die Umsatzsteuer verschiedenorts einfach beschlossen.

Die dreiprozentige Besteuerung des Umsatzes bedeutet eine 30-prozentige Besteuerung des Reingewinns, des eigentlichen Einkommens. Hinzu kommen staatliche und kommunale Einkommensteuer, Kirchensteuer, Beiträge zur Handels- und Gewerbesteuer. Im ganzen sollen also die Konsumvereine in Zukunft mit mindestens 34 Prozent des Einkommens besteuert werden. Wenn, wie in Leipzig, eine höhere als vierprozentige Besteuerung der Millionäre als ungerecht bezeichnet werde, so sei die geplante Umsatzsteuer einfach eine ungesetzliche Konfiskation des Einkommens, zu der nur blinder Haß führen könne. Die höheren Behörden begnügen deshalb auch bereits nachzudenken und zu begreifen, daß jede Besteuerung sich nicht nach dem Umsatz, sondern nach dem Reingewinn bemessen müsse.

Eine dreiprozentige Umsatzsteuer würde bei einem Umsatz von 100 000 Mk. den dabei erzielten Reingewinn von 10 000 Mk. um 3000 Mk. kürzen, welche letztere in die Gemeindefassen fließen würden. Sehr bald würden die Gemeinden ihre Ausgaben zur Verflechtung bisher unerfüllter Bedürfnisse um diesen Betrag dauernd erhöhen, der unter Umständen eintretende Ruin des betr. Konsumvereins über der betr. Filiale bringe aber jene 3000 Mk. wieder in Wegfall und damit die Gemeinde selbst in die allerbedenklichste Lage. Sie müsse dann event. bis zur Verdoppelung der Kommunalabgaben für alle Gemeindeglieder gehen.

Außerhalb Sachsens, im Reichstage, liege das Feld zur Austragung der Frage, ob die Umsatzsteuer zulässig sei, mit dem man hier dem namentlich durch die Wahlrechtsänderung aufgereizten Mittelstand einen Knochen vorwerfen wolle, an dem er sich die Zähne ausbeißeln könne.

Nun die Konsumvereine würden den Kampf aufnehmen und dächten nicht daran, ihre Genossenschaftsrechte aufzugeben, um etwa zum Privatunternehmen zurückzukehren. Die verbotene Vertilgung komme auch etwas zu spät, denn die Konsumvereine seien längst zu einer wirtschaftlichen Macht geworden. Hunderttausende Mitglieder gehören ihnen an. Und wenn gesagt werde, daß die Konsumvereine die Existenz der kleinen Kaufleute vernichten, so müsse auf der anderen Seite auch bedacht werden, daß bei der Vertilgung der Konsumvereine ebenfalls die Existenz Tausender Personen auf dem Spiele steht.

Den Arbeitern werfen sonst die „Ordnungsparteien“ Umsturzbestrebungen vor; hier zeige es sich wieder einmal, daß die Arbeiter-

schaft das bestehende Recht verteidigen müsse. Ob und mit welchem Erfolg, werde sich zeigen, jedenfalls gäbe sich Rechner keiner Illusion hin. Doch müsse der Kampf in jeder Form, in der er den Vereinen aufgedrängt werde, geführt werden. Vor allem sei notwendig, daß die Mitglieder treu zu den Verwaltungen stünden, dann werde selbst eine Periode der Ausnahmegesetzgebung siegreich überstanden werden. Zunächst habe die ganze feindselige Agitation nur bewirkt, daß die Namen der Konsumvereine in aller Munde seien. Tausende suchten sich Aufklärung zu verschaffen und würden durch ihren Gerechtigkeitsinn selbst den Konsumvereine als Mitglieder zugeführt. Doch dürfe man sich nicht darüber täuschen, daß die Anstrengungen der kleinen Kaufleute auch zu wirklichen Erfolgen führen können. Der Kampf gegen die Konsumvereine richte sich nicht gegen ihre Form, sondern gegen jede genossenschaftliche Warenverteilung an die Konsumenten. Es gelte auszuhalten im Kampfe gegen die Bestrebungen der Arbeiterfeinde, die dem Eigennutz entspringen und in ihrer Wirkung zu einer beträchtlichen Verteuerung der Lebensmittel führen müssen. (Verhörter Beifall.)

Nach einer längeren Debatte nahm die Versammlung eine im Sinne des Referenten gehaltene Resolution an.

Ueber die letzte Sitzung des Tarifausschusses der Buchdrucker

berückte in der am Freitagabend im Krystallpalast abgehaltenen allgemeinen Buchdrucker-Versammlung der Gehilfenvertreter Rauh. Obwohl bei den Wahlen zur Generalversammlung des Buchdruckerverbandes, die vor zwei Monaten in Halle stattfanden, sich die Mehrheit der Wähler gegen die Tarifgemeinschaft ausgesprochen hatte, waren die gewählten Delegierten zu zwei Dritteln Freunde der Tarifgemeinschaft, die diese durch formellen Beschluß gut hielten. In Leipzig segelten die Freunde des Centralvorstandes bei den Delegiertenwahlen unter der falschen Flagge von Gegnern der Tarifgemeinschaft, durch welches Manöver es ihnen gelang, sich die Leipziger Mandate zu ergattern. Die Kandidaten der überzeugten Gegner der Tarifgemeinschaft drangen nicht durch.

Selbst nun die Halle'sche Generalversammlung die Tarifgemeinschaft mit 2/3-Majorität gutgeheißen hat, haben die Leipziger Tarifgegner die Wüste fallen lassen und sind aufs eifrigste mit bemüht gewesen, auch an der Installation von gemeinschaftlichen Schiedsgerichten und Arbeitsnachweisen mitzuwirken. Institutionen, die sich speziell in Leipzig für die Gehilfenschaft schon vor Jahren als schädlich erwiesen haben. Für diese neuen „Errungenschaften“ hat nun kürzlich der Tarifausschuß, in dem bekanntlich Rauh der Einfluss und Wille der Prinzipale sich längst als ein dominierender erwiesen hat, die Reglements festgesetzt. Sie zu verteidigen, war die Aufgabe des von der Ausschussführung aus Berlin zurückgekehrten Gehilfenvertreeters Rauh. Schon seine ersten Worte waren gegen die ziemlich stark vertretene Opposition so provokatorisch belebend, daß er sich während seiner Rede fortwährend die stürmischsten Unterbrechungen gefallen lassen mußte.

Wer gegen die Beteiligung an den neugeschaffenen Institutionen sei, der wolle nicht, so behauptete Herr Rauh, die Interessen der Gehilfenschaft fördern, sondern Zwietracht säen. Die Sozialdemokratie suche in den parlamentarischen Körperschaften den bürgerlichen Parteien auch Konzeptionen abzurufen. Es sei deshalb nur richtig gewesen, wenn die Buchdrucker-Gehilfenschaft mit dem Unternehmerium wie geschien verhandelt habe. Leiber übersehen hierbei Herr Rauh, daß die bei den Pastieren „errungenen Konzeptionen“ die Gehilfenschaft bis auf die Knochen kompromittiert haben, ganz abgesehen von der damit verbundenen Knebelung der Gehilfenschaft auf lange Jahre hinaus. Herr Rauh stimmt, dann ein langes Loblied auf das gute Getz der Unternehmer an und machte allen Ernstes die nageleue Mitteilung, daß ein Teil der Unternehmer bereit sei, in Gemeinschaft mit den Arbeitern eine Unterhaltungskasse für — Gemagregelte zu gründen. Ihn antwortete aus der Versammlung ein elementarer Heilerkeitsausbruch.

Der Redner gab dann seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß die Schiedsgerichte ihre für die Gehilfen bedenkliche Seite verloren hätten, da sie nur zur Auslegung des Tarifs bestimmt seien, bei den beide Kontrahenten mitwirken müßten. Nun, Herr Rauh wird sehr blaues Wunder erleben, wie die Herren Druckbarone den Tarif „auslegen“ werden.

Obwohl der Redner vorher behauptet, daß die Einführung des neuen Tarifs in Leipzig in der Hauptsache „glatt“ von statten gegangen sei, riet er, auch die mit dem gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis gebotene Hand zu ergreifen, um die „elenden wirtschaftlichen Verhältnisse“ zu beseitigen. Die den Gehilfen eingeräumte Kontrolle werde schon dafür sorgen, daß alles mit rechten Dingen zugehe.

Die sonstigen Ausführungen des Redners waren ziemlich belanglos und von brastischen Zwischenrufen unterbrochen. Auf den Höhepunkt stieg aber die Unruhe als Herr Rauh, der, beiläufig bemerkt, bei den Reichstagswahlen in dem das nächste Mal ziemlich sicheren Schwarzburg-Sondershäuser Kreise als sozialdemokratischer Kandidat figurierte, den Schustern, Schneidern,

Handschuhmachern zu Gemüte führte, daß ihnen die „internen“ Vorgänge in der Buchdruckerbewegung gar nichts angingen. Auch gab Herr Rauh die Schale seines Hornes über die Leipziger Volkszeitung aus, weil sie so „unanständig“ gewesen ist, den Vorgängen im Buchdruckgewerbe die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Mit dieser Musterleistung schloß Herr Rauh seinen Vortrag und die ganze Versammlung applaudierte dröhnend. Schade nur, daß ein gut Teil Fronte dabei zum Ausdruck kam.

Nach ihm ergriff der Redakteur der Buchdruckerwacht, Gash, das Wort, der sein Erstaunen über die Art und Weise ausdrückte, wie der Vortrager es gewagt hatte, vor denksfähigen Arbeitern das Unternehmertum zu schildern. Auf der Halle'schen Generalversammlung habe der Referent ganz andere Anschauungen zum Vortrag gebracht. Gash weist dann an der Hand des vom Tarifausschuß veröffentlichten Protokolls schon einige flagrante Fälle verschlechterter Tarifauslegung nach und erinnert an die traurigen Erfahrungen, die in Leipzig sowohl mit dem Berufsschiedsgericht als mit dem Arbeitsnachweis gemacht worden sind.

Ganz unbarmherzig ging darauf der Oppositionelle Tanneberger mit dem Unternehmertum und dem Referenten ins Gericht. Er schilderte an bekannten hundertfältigen Thatsachen die Unterdrückungs- und Verfolgungswut des Unternehmertums gegenüber den selbstbewußt auftretenden und auf ihr Recht bestehenden Arbeitern. Mit dem Verlaufe der ganzen Buchdruckerbewegung könnten außer den Machern in der Hauptsache nur diejenigen zufrieden sein, die sich ihrer Willensfreiheit schon längst durch das Eingehen seit bis unwiderrücklicher Klindigung begeben hätten. Den Referenten Rauh erinnerte der Redner daran, daß er (Rauh) zwar seit Jahren in anderen Gewerkschaften gegen Bezahlung Vorträge gehalten habe, in dem Augenblicke aber, als die Buchdruckerorganisation sich während des großen Streikes in Gefahr befunden, die Absicht gehabt habe, der eigenen Organisation den Rücken zu kehren. Der Angegriffene giebt diese Absicht zu, rechtfertigt sie aber mit seiner damaligen Notlage. Auch habe er die Absicht sofort aufgegeben, als ihm die Zahlung seiner Beiträge gestundet worden sei. (Zwischenruf: Parteilosen haben Sie gegungen!)

Der vom Centralvorstand des Buchdruckerverbandes neu angestellte Korrespondentredakteur Reyhäuser trat sodann an das Rednerpult und wurde von denselben, jetzt vorstandsfrommen Leuten heftig begrüßt, die ihn vor sechs Jahren in Ghennich auf dem sogenannten Buchdrucker-Sachsentag niederbrüllten, weil er in seinen Ausführungen sozialdemokratische Bestimmungen verriet. Nicht seine jetzigen Freunde sind es, die sich geändert haben. Nach herkömmlichen Mustern führte sich der vermutlich als „Strafpaßer“ nach Leipzig verlegte Herr, der den ganzen Tarifgemeinheitspakt mit zu stande gebracht hat, mit der Bemerkung ein, es sei gleichgültig, welche Stellung die Mehrheit der Versammlung zu dem Bericht über den Tarifausschuß einnehmen werde. Stimme sie ihm zu, so freue ihn das, wenn nicht, so sei es auch gut, geändert würde an den Abmachungen kein Jota. Dann kopierte er Pleschanow: Revolutionär sei nicht, was revolutionär Klinge, sondern was revolutionär wirke. Die Fortentwicklung der Methode, die Lohnverhältnisse zu regeln (die vom brutalen Streik zur sanften Tarifgemeinschaft), sei dieselbe wie die Ausbildung des Kampfes mit der Steinart zum Kampfe mit dem feinfaltigen Gewehr (Zwischenruf: Blech, Quatsch, Vorstandsbahänger rufen: Rauh.) Es gelte für den Verband, Fuß zu fassen in den kleinen Provinzorten, wo noch 11, 12 und 13 Stunden lang gearbeitet werde. Die Prinzipale seien nicht die Ungeheuer, wie sie von der Opposition an die Wand gemalt würden. Die Opposition habe der Einführung des Tarifs nur Schwierigkeiten bereitet. Die Buchdrucker-Gehilfen seien an die ganzen papierernen Bestimmungen nicht gebunden, sie könnten trotz Tarifgemeinschaft die Kelle hin schmeißen, wenn sie wollten. Herr Böblin wird dem Redner für seine rollenwidrigen Seitensprung Mores lehren. Zum Schluß spricht der Herr Reyhäuser dem Gewerkschaftskartell die Befähigung ab, in Buchdruckerangelegenheiten urteilen zu können; die Mitglieder des Gewerkschaftskartells verstanden nicht einmal die eigenen Berufssachen zu beurteilen.

Bei der dann folgenden Abstimmung gelangte mit geringer Mehrheit eine Resolution zur Annahme, die sich für die Errichtung von Schiedsgerichten und für den „kontrollierten“ Arbeitsnachweis aussprach.

Herr Kressin, der Vertrauensmann der oppositionell gestimmten Buchdrucker, erklärte nach der Abstimmung, daß er und seine Freunde an dem weiteren Verlaufe der Versammlung kein Interesse hätten und daß sie den Saal verlassen würden. Sie überließen so ihren Gegnern die Verantwortung für die beschlossene Beteiligung an den beiden gemeinsamen Institutionen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Das Gesetz über die ärztlichen Bezirksvereine ist am 1. Oktober in Kraft getreten. Nach § 1 dieses Gesetzes werden die ärztlichen Bezirksvereine fortan „durch ständliche innerhalb des betreffenden Medizinalbezirktes wohnende und ihre Praxis ausübende, mit Approbation versehene Aerzte und die

Kleine Chronik.

Leipzig, 5. Oktober.

Neues Theater. (Das Glöckchen des Eremiten von Sims Maillard.) Es kommt gegenwärtig nicht allzu oft vor, daß uns eine Opernvorstellung im Stadttheater einen wirklich ungeliebten Genuß bereitet, daß wir gleichsam den guten Geschmack davon noch mit nach Hause nehmen; um so erfreuter wollen wir es anerkennen, wenn es wirklich einmal der Fall ist.

Wenn unsere Oper ihrer gegenwärtigen Beschaffenheit nach in der großen und ersten Kunst, bei Maillard's und Wagner-Vorstellungen häufig Flacko macht, so kommt fraglos die kleine jertliche und leichtgeschürzte Spieloper oft recht gut heraus. So auch am Sonnabend das Glöckchen des Eremiten, das durch ein Gastspiel des Fräul. Erika Wedekind aus Dresden noch einen besonderen Reiz erhielt.

Was Fräulein Wedekind gefanglich leistet, ist bekannt, hat sie doch unser Theaterpublikum schon oft durch die kristallklar aus ihrer Kehle hervorperlenden Töne entzückt. In ihrer Rose Fricquet zeigte es sich, daß sie sich auch als Darstellerin immer schöner entwickelt. Wenn sie seiner Zeit als Regimentstochter noch etwas unfrisch spielte, so gab sie das zigeunerhafte Naturkind mit untrüger Lebendigkeit, und was das Beste ist: ihr Spiel ist überall natürlich, ungeachtet und doch bis in die kleinsten Details durchdacht. Wenn sich Fräulein Wedekind, wie es den Anschein hat, schließlich als ebenso gute Darstellerin wie Sängerin entpuppt, so kann sich aus ihr eine zweite Lucia entwickeln.

Prächtig unterstützt wurde Fräulein Wedekind durch Herrn Schelper, der aus dem Delamy wieder ein wahres Kadumensstückchen machte. Die Duette dieser beiden klangen entzückt. Auch Herr Kraemer (Silvain) schien besser disponiert als gewöhnlich, und Herr Marion und Fr. Osborne folgten sich als Pächterpaar dem ganzen würdig an. Das Orchester (unter Fort) ließ all seine zaristischen Farbennuancen spielen und begleitete die prägnanten, vielfach an Mozart erinnernden Gesänge Maillard's mit feiner Diskretion. H. M.

(Gottschalls Pitt und Fox. Schluß.) Der große Gegenwartsgebanke, der dem historischen Lustspiel erst das rechte Leben gab, wurde aber für den Dichter selbst verhängnisvoll. In dem diplomatischen Duell der beiden englischen Staatsmänner, das

Gottschall zum Vorwurf seiner Komödie gewählt hatte, unterliegt bekanntlich der Anwalt der unterdrückten und ausgebeuteten Kolonien, und wir sollen über seine Niederlage lachen. Das ist die Achillesferse des Stückes. Aber Gottschall wußte sich auch da zu helfen. Er schrieb ja keine historische Tragödie, sondern ein Lustspiel. Die Völkerschicksale, die Sklavenfrage, und was alles drum und dran hängt, sind ja nur die Coulissen zu dem lustigen Steeplechase zweier englischer Staatsmänner und der galanten Hofintrigue, die sich vor unseren Augen abspielt. Was geht uns die Indianer-Bill an? Wir lachen herzlich darüber, daß sich der leichtsinnige Taufendkünstler Fox in seiner eignen Schlinge fängt, und fragen nicht weiter, ob nicht ihm eine gute Sache, ein großes Werk der Humanität zu Grunde geht.

In einem solchen höfischen Intrigenstück, in dem für heute und morgen die Laune eines Königs den Lauf der Weltgeschichte bestimmt, kann es dem Dichter niemals an komischen Figuren und Situationen fehlen. Und man muß gestehen, Gottschall wußte diesen Vorteil auszunutzen. Der sentimentale Trodel von konstitutionellem König, der alljährlich an der Feuerzunge von seiner verlorenen Sarah schwärmt, ist prächtig abkonterfeyt. Herrn Dorcherb machte es offenbar großen Spaß, den beschränkten, eilen alten Welken zu spielen. Die Krone Englands auf diesem Höfchopf — welche weltgeschichtliche Satire!

Und neben diesen Kartentänzen die beiden genialen Staatsmänner, die sich gegenseitig den Rang abzulaufen suchen! Zwei Prachtmenschen und doch von unwiderstehlicher Komik. Warum? Rauh hier wieder derselbe Gegensatz zwischen dem Menschen und der Sache, die er vertritt. Der leichtsinnige triviale Fox kämpft wie ein Held für die unterdrückte Bevölkerung Indiens, und der sittenstrenge Cato Pitt verteidigt die Abschuldlichkeiten der ostindischen Compagnie. Ja, gestehe, diese beiden Rollen waren letzten Freitag nicht in den richtigen Händen. Herr Laeger, der den Fox spielte, war zu schwerfällig. Es fehlte der geniale Lichtsinn. Man hatte immer das Gefühl, daß man einen fideben Philister vor sich habe. Herr Otto als Pitt aber war wiederum gar zu trocken. So sehr nach der Studierlampe bräuhet dieser englische Demofthenes doch nicht zu riechen. Wie war es, wenn sie künftig die Rollen tauschen? Eine Meisterleistung ersten Ranges war der Sponghouton des Herrn Ernst Müller. Ja, das war die echte Kolonialbestie, die gar nicht begreift, daß es außer dem Geld noch eine andere Macht auf Erden giebt. Im Zeitalter der Weiß, Weßlan, Schröder wird man Gottschall Dank wissen, daß er

schon 30 Jahre zuvor den civilisatorischen Einfluß der Tropen so meisterhaft veranschaulicht hat. Nur daß sein Sponghouton ein ganz gemüthliches Ungeheuer ist, das man wie das Wundertier einer Menagerie anstaunt und belacht.

Die halbe Weiblichkeit ist in dem Diplomatenstück nur durch die Pugnamerlin Harriet und die kokette und intrigante Heropjott von Deoonfahre vertreten. Erstere spielte Fr. Sangora nicht ohne Humor, letztere wurde durch Fr. Mancke all ihres Abels und all ihrer Grazie entkleidet. Wer hätte sich von dieser langweiligen Strene verfahren lassen? r-t.

o. Von Sudermann. Aus Berlin wird uns vom 4. d. M. geschrieben: Sudermann hat gestern Abend in Berlin und Wien zugleich einige dramatische Studien der Beurteilung des Publikums übergeben. Der äußere Erfolg hat in Berlin dem Dichter der Ehre nicht gekostet, wogegen in Wien das Publikum sich gegen die jüngsten Musenkind Sudermanns recht kühl verhielt. Sudermann hat die drei dramatischen Aufschnitte unter dem Titel Moriturk äußerlich vereinigt, weil in allen drei Stücken das Gespenst des Todes eine Rolle spielt. Letz spielt zur Zeit der Völkerverwanderung und zeigt die Wandigung wider Männlichkeit durch ein holdseliges weibliches Wesen. Schule à la Feltz. Fröhchen ist modern und paßt durch die Tragik, an welcher der leichtsinnige junge Held zu Grunde geht; es schildert die verhängnisvollen Folgen des Duellzwanges; das Ewig-Männliche ist eine Satire auf eine Hofgesellschaft, die auf der Bühne im Louisquatorze-Kostüm erscheint. Ein Teil der Presse lobt in ihren heutigen kurz hingeworfenen Kritiken den Dichter: seit der Ehre habe er in Berlin keinen solchen Erfolg mehr zu verzeichnen gehabt, wie gestern Abend am deutschen Theater. Wieviel zu dieser Aufnahme jedoch der Inhalt der Stücke, wieviel das treffliche Spiel einer Sordra und eines Rautz dazu beigetragen haben, wird man dem Urteil einer eingehenderen Kritik zu überlassen haben.

Humoristisches.

Durchlaucht (in der Generalversammlung zu einem Fabrikanten): „Und woher beziehen Sie Ihre Rohprodukte?“ — Fabrikant (der seinen, in unmittelbarer Nähe stehenden Konkurrenten bemerkt): „Durchlaucht ins Ohr flüsternd): „Von Samagoczi u. Co. in Pest!“

jenigen Aerzte und Wundärzte gebildet, die bereits vor Verkündung der Gewerbeordnung für das deutsche Reich vom 21. Juli 1869 zur Praxis berechtigt waren und als approbiert im Sinne von § 29, 5 der Gewerbeordnung zu gelten haben.

Da die Rechtsgültigkeit des Gesetzes bekanntlich angezweifelt wird, so soll, wie verlangt, von Aerzten, die in den neuen Bezirksvereinen nicht die so hoch gepriesene Vertretung ihrer Standesinteressen erblickten, versucht werden, eine gerichtliche Entscheidung darüber herbeizuführen, ob sie gezwungen werden können, diesen Organisationen beizutreten.

Inzwischen hat der Staatsanwalt Dr. Appellius vom Oberlandesgericht in Celle in der Deutschen medizinischen Wochenschrift den Versuch gemacht, die zuerst von Rechtsanwalt Hamburger in Berlin vertretene Ansicht, daß die ärztlichen Bezirksvereine rechtlich anscheinbar seien, zu widerlegen. Die Ausübung der Heilkunst, sagt Hamburger, gehöre zu den freien Gewerben, die nur in der Gewerbeordnung selbst enthaltenen oder zugelassenen Beschränkungen unterworfen seien, und daß also demnach die Landesgesetzgebung zur Errichtung ärztlicher Bezirksvereine nicht zuständig sei. Staatsanwalt Appellius meint dagegen, daß die Gewerbefreiheit, wie sie in der Gewerbeordnung anerkannt sei, sich nur auf die Zulassung zur Ausübung eines Gewerbes beziehe, nicht aber auf die Art und Weise der Ausübung, und daß demnach, soweit in der Gewerbeordnung nicht positive Vorschriften enthalten seien, die sich auf die Art und Weise der Ausübung des Gewerbes beziehen, und soweit auch andere Gesetze nicht entgegenstehen, die Landesgesetzgebung nicht behindert sei, durch Gesetze und Verordnungen den Gewerbebetrieb zu regeln.

Von besonderem Interesse sind die Schlussbemerkungen des Dr. Appellius über ein angebliches Disziplinarrecht des Staates gegenüber den Aerzten. Appellius meint: in Preußen sei man sich schon früh staatlischerseits der Verpflichtung bewußt gewesen, die öffentliche Gesundheitspflege und damit auch die Aerzte zu überwachen. Schon 1685 habe der Staat einem Collegium medicum die Aufsicht über das gesamte Heil- und Pflichtenpersonal übertragen. Hundert Jahre später sei durch das preussische Landrecht ausgesprochen worden, daß die Aerzte, ohne Offizianten zu sein, dem gemeinen Wesen besonders verpflichtet sind; diese letzten Worte bedeuten nichts anderes, als daß die Aerzte an sich zwar keine Staatsbeamten seien, daß ihnen aber besondere staatlischerseits erzwingbare Berufspflichten, ähnlich wie den Beamten, obliegen. Thatsächlich sei auch stets ein Aufsichtsrecht über die nichtbeamteten Aerzte ausgeübt worden. Durch die Gewerbeordnung habe nun sowohl der Pflichtenkreis der Aerzte, als auch die Ausübung der Disziplin durch die Staatsbehörden eine Aenderung erfahren, an der grundsätzlichen Disziplinarergewalt des Staates auch gegenüber den nicht beamteten Aerzten sei aber nichts geändert worden. Die Staatsgewalt verzichte also nicht auf die Mitwirkung bei der Ausübung der Disziplin über die Aerzte, so daß von einer Neuverfugung der Disziplinarergewalt des Staates keine Rede sein könne.

So Staatsanwalt Appellius. Nach ihm soll also nur ein altes Recht des Staates wieder aufleben. Aber wenn man heute schon in Preußen von einer Beaufsichtigung der nichtbeamteten Aerzte nichts weiß, so kann in Sachsen, wo ähnliche Bestimmungen wie in Preußen unseres Wissens nicht bestehen und auch nicht bestanden haben, davon gleich gar keine Rede sein. Für die sächsischen Aerzte ist nach der Gewerbeordnung die Ausübung der Heilkunde eine freie Kunst und der Zwang zum Beitritt zu den ärztlichen Bezirksvereinen, wie ihn das in Kraft getretene Gesetz ausspricht, steht eben im Widerspruch mit der Reichsgewerbeordnung. Sollen deshalb die Aerzte eine gerichtliche Entscheidung über die Rechtsgültigkeit des Gesetzes über die ärztlichen Bezirksvereine provozieren, so kann nach unserer Auffassung der Ausgang gar nicht zweifelhaft sein.

Die sächsischen Konsumvereine nahmen in einer Vertreterversammlung, die am Sonntag den 4. Oktober in Dresden tagte, Stellung zu der Frage der Umsatzsteuer und faßten dabei folgende Resolution:

Die heute im Saale des Trianon zu Dresden tagende, von 148 Konsumvereinen und ähnlichen Wirtschaftsvereinigungen durch 302 Vertreter beschickte öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten und der bisherigen Thätigkeit der sich gebildeten Kommission einverstanden. Die Versammlung erachtet die von einer Anzahl Gemeinden bereits beschlossene, zum Teil geplante Einführung einer Umsatzsteuer für die Konsumvereine und dergleichen wirtschaftliche Vereinigungen als im Widerspruch mit dem Geiste der sächsischen Staatsverfassung, den Städteordnungen und der revidierten Landgemeindeordnung stehend. Die Einführung der Umsatzsteuer würde die davon betroffenen Wirtschaftsvereinigungen über Gebühr beschränken, zum Teil sogar illusorisch machen und somit den reichsgesetzlichen Rechtszustand verletzen, wie solcher durch das Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 und durch die Reichsgewerbeordnung für die einzelnen Bundesstaaten gewährleistet ist. Die Versammlung erklärt weiter, daß für eine solche außerordentliche Besteuerung der Konsumvereine und dergleichen Wirtschaftsvereinigungen nicht die geringsten amtlichen Gründe vorhanden sind und erachtet deshalb die Einführung einer Umsatzsteuer als eine die minder bemittelte Bevölkerung schwer schädigende Maßregel. Aus den angeführten Gründen wird die bestehende Kommission beauftragt, im Namen der heute anwesenden Vertreter sächsischer Wirtschaftsvereinigungen sich mit einer schriftlichen Eingabe im Sinne der gemachten Ausführungen an das königl. Ministerium des Innern zu wenden, eventuell durch eine weitere Eingabe bei der zuständigen Reichsbehörde vorstellig zu werden.

Dresden, 4. Oktober. Vom hiesigen Landgericht wurde das vom Schöffengericht gefällte freisprechende Urteil in der Privatklage des Legationsrates v. Lindenau gegen den verantwortlichen Redakteur des Dresdener Journals Regierungssassessor Dr. jur. Fund aufgehoben und der beklagte Redakteur zu 50 Mk. Geldstrafe sowie Veröffentlichung des Erkenntnisses verurteilt. Das Gericht erblidete in dem Satze, den der Bericht des Journals über einen v. Lindenau im Verein für die Geschichte der Mark Brandenburg gehaltenen Vortrage enthält, in den Worten: „Auss tiefer muß man aber bedauern, daß gereifte Männer, von denen man nach Namen, Geburt und Lebenspunkte gern annehmen möchte, daß sie nicht auf dem Standpunkte der Sozialdemokratie stehen, sich in diesem Falle zu Verteidigern des politischen Meinendes aufspielten“, keine Wahrung berechtigter Interessen, wohl aber eine Beleidigung. Unabig ist der Herr Amtsblattredakteur gleichwohl weggenommen.

Der niedergebrannte Circus Schumann darf nicht

wieder aufgebaut werden, dafür wird Herr Schumann als erster in dem zu erbauenden neuen steinernen Circus spielen, dessen Entwurf vom Bauat Hofbach in Leipzig herrührt. In diesem Winter wird Direktor Kremser in dem hölzernen Circus an der Gerokstraße seine Vorstellungen geben.

Eine eigenartige Anlage ist gegen den Metallarbeiter Ehrhard erhoben worden. Die Metallarbeiter befinden sich seit einiger Zeit in den Vorstädten einer Lohnbewegung, sie halten daher des öfteren Versammlungen ab. Eine solche Versammlung wurde kürzlich verboten, da die Anmehlung nicht ordnungsgemäß erfolgt war. Jetzt hat nun Ehrhard als Einberufer eine Anlage erhalten, weil er nicht dafür gesorgt haben soll, daß die den Saal füllenden Arbeitermassen diesen sofort verlassen. Als wenn eine Versammlung eine Theaterbühne wäre, in der die Teilnehmer blühartig verschwinden können.

Der Maurererkilling, der bei dem Baumglück am Polizeigebäude so schwer zu Schaden kam, daß man an seinem Aufkommen zweifelte, ist so weit hergestellt, daß er bereits den ersten Ausgang im Garten des Krankenhauses unternehmen konnte.

Wieder ein trübender Sahn vor Gericht. Der vormalige Rechtsanwalt Dr. jur. Kunath fühlte sich in schweben Zulässigkeit durch das Strafen eines Sahn's arg belästigt. Der gefiederter Sahn's war Eigentum der Frau Kuhn, die von Dr. Kunath wegen Erregung nächtlicher Ruhestörung angezeigt wurde. Die Polizeistrafe von 5 Mk. wurde durch Einspruch vor dem hiesigen Schöffengericht angefochten, vor dem auch kostenlose Freisprechung erzielt wurde, trotzdem Dr. Kunath statisch nachgewiesen, daß der Sahn in Pausen von 8-10 Sekunden den Schnabel aufhat und in einer Stunde etwa 250 Mal die Stille der Nacht mit seinem „heiseren unanstößlichen“ Laut unterbrach. Demgegenüber führte Herr Kapellmeister Schaum, der Vertreter der erkrankten Angeklagten, einen vernünftigen Gegenbeweis durch eine Art „Kunstschrein“ über die musikalische Befähigung des „unfesten Sahn's. Das originale Schriftstück lautete etwa folgendermaßen: „Wir bestätigen, daß der Sahn und die Sahnner unsere nächtliche Ruhe nicht im mindesten stören, daß wir vielmehr an den Tönen unsere Freude haben.“ Dies Zeugnis war von 15 Damen und Herren aus der Nachbarschaft, unter denen sich auch ein Staatsanwalt befand, unterschrieben. Demgegenüber konnte von einer Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nicht die Rede sein. Nun kann der Sahn den Herrn Rechtsanwalt weiter ärgern und die übrige Nachbarschaft weiter erschrecken!

Began, 4. Okt. Gestern Morgen wurde im sogenannten Poetengang die Leiche eines jungen Comptoiristen Beyer von hier aufgefunden, der sich erschossen hatte. Was den jungen Menschen zu der That veranlaßt, ist unbekannt.

Pirna, 4. Oktober. Religionshämähmung und Störung des Gottesdienstes führte den Nationalisten Häschel auf die Anlagengasse des Landgerichts Dresden. Häschel ist einer jener Leute, die in „Gottesjurcht“ erzogen wurden, daneben aber schlechtes Beispiel sahen und auf diese Weise zu rohen Burken werden, die zwar mechanisch religiöse Gebräuche mitmachen, aber innerlich der Sache entfremdet sind und deren wahre Natur gelegentlich zum Durchbruch kommt. Er ist mehrfach vorbestraft, unter anderem auch vom Kriegsgericht. Diesmal ist er angeklagt, bei einer Taufe in der Kirche zu Dohna vor dem Altar gelacht und Verwünschungen und Flüche ausgestoßen zu haben. Es war dies bei Gelegenheit einer Messentanz in Gegenwart von 70 Erwachsenen. Häschel wurde zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Pirna, 4. Oktober. Ein drastisches Mittel wandte ein Arbeiter an, um seine hochbetagten Eltern, die in Blaun bei Dresden wohnen, wieder einmal auf Besuch bei sich zu haben. Er sandte ihnen seine Todesanzeige zu. Weinend und mit einem Kranz versehen, trafen die beiden Alten in Pirna ein, wo ihnen der Sohn heiter entgegentrat. Der rohe „Sohn“ hat aber doch den rechten Erfolg nicht gehabt, denn die Eltern machten kehrt, warfen den Kranz in die Elbe und fuhren wieder nach Hause.

Wöran, 5. Oktober. Die Belagstrafe wird anlässlich einiger rüdriger Dummheit-Jungen-Strafverurteilungen von dem antisemitischen Wöbauer Anzeiger herbeigewünscht. Dem Blatte ist zu raten, als Amtsblatt in die deutschen Kolonien überzusiedeln.

Radecent, 4. Oktober. Die Gewerbetreibenden von Radecent und den Öbunth-Ortschaften halten vor Kurzem an den Gemeinderat eine Petition gerichtet, worin um Einführung einer dreiprozentigen Umsatzsteuer für die in Radecent befindliche Filiale des Konsumvereins Bieschen gebeten wurde. Der Gemeinderat hat jedoch in seiner am Mittwoch stattgefundenen Sitzung einstimmig die Einführung einer Umsatzsteuer abgelehnt.

Dohna, 4. Oktober. In den Wohnungen der Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums erschienen dieser Tage, nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse, Abordnungen des Konsumvereins Borswärts, Dresden, um gegen den Beschluß des Stadtgemeinderates vom 1. September 1896, betreffend die Erhebung einer Umsatzsteuer von Konsumvereinen und ähnlichen Genossenschaften, vorstellig zu werden. Der Pirnaer Anzeiger fügt seiner Mitteilung hinzu, daß die Herren mit ihren Vorstellungen kein Glück gehabt hätten. Also zu dem Schaden auch noch den Spott! Als den richtigen Weg, die Interessen der Konsumvereinsmitglieder wahrzunehmen, kann man das Vorgehen des Konsumvereins kaum ansehen.

Nies, 4. Oktober. Fahnenflüchtig geworden ist ein aus Halle a. S. gebürtiger Kanonier von der 9. Batterie des hiesigen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 82. Dem Ausreißer wird es in der Ferienkolonie wohl nicht gefallen haben. Ein Steckbrief ist bereits erlassen worden.

Freiberg, 4. Oktober. Der Stadtrat hat beschlossen, der Petition um Verbindung der Föbhalbahn mit der Muldenthalbahn beizutreten. Die Petition bezweckt im besonderen die Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen der Station Neuhausen einerseits und Wienuwühle andererseits. Daß eine Anschlußverbindung dieser beiden parallel laufenden Bahnhöfen für Freiberg von weitgehender Bedeutung ist, liegt auf der Hand. Die Stadtverordneten traten dem Ratsbeschlusse einstimmig bei.

Freiberg, 4. Oktober. 60 Familien in Großschirma haben bei der hiesigen Superintendentur ihren Austritt aus der Landeskirche aus einem eigentümlichen Grunde angezeigt. Der Det Großschirma bei Freiberg besitzt zwei Schulgebäude. Die Schule in Unterdorf wurde vor ungefähr drei Jahren umgebaut, die in Oberdorf inlängst auch von der Behörde als nicht mehr

ausreichend bezeichnet. Infolgedessen war vom Schulvorstand ein Anbau an dieselbe geplant und von der Behörde bereits genehmigt worden. Ehe man jedoch zur Ausführung des Planes schritt, brannte es neben der Kirche, und auf dieser Brandstelle beschloß man nun eine Centralschule zu errichten. Mit diesem Beschlusse war jedoch ein großer Teil der Bevölkerung nicht einverstanden, und da dieser nirgends Gehör fand, haben sie ihren Austritt aus der Kirche erklärt.

Großenhain, 4. Oktober. Nachdem ein Garantiefonds von 100000 Mk. gezeichnet worden, ist das Zustandekommen der geplanten Gewerbe-, Industrie- und landwirtschaftlichen Ausstellung gesichert. Für Abhaltung der Ausstellung ist die Zeit vom 24. Juni bis 20. Juli 1897 festgesetzt.

Burgstädt, 4. Oktober. Dem Genossen Landgraf ging dieser Tage eine stadträtliche Mitteilung zu, daß der diesseitige Stadtgemeinderat in seiner Sitzung vom 17. September die Errichtung eines Gewerbegerichts im Mangel eines hierfür vorhandenen Bedürfnisses abermals abzulehnen beschloßen hat. In diesem Resultate ist der Stadtrat nach einer vierzehntonatigen Untersuchung gelangt. Da die Antwort auf ihr Gesuch trotz wiederholter Anpassungen in der Presse und sogar Beschwerden bei der Kreisbauhauptmannschaft so lange ausblieb, hofften die Arbeiter, indem sie sich des Sprichworts: Was lange währt, wird gut erinnern, die Entscheidung werde schließlich doch zu ihrem Gunsten ausfallen. Ihre Erwartungen sind aber wieder einmal gründlich getäuscht worden. Selbstverständlich werden sie nicht ruhen, bis ihre Forderung sich Geltung verschafft hat.

Waldheim, 4. Oktober. Die Kreisbauhauptmannschaft Leipzig hat der Beschwerde gegen das Verbot der Bassallefeier, dessen charakteristische Begründung durch den Bürgermeister als gemeines Aussehen erregte, als begründet stattgegeben. Die höhere Behörde hat das Verbot „als durch § 5 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, vom 22. November 1850 gerechtfertigt nicht anzusehen vermocht, da die Veranstaltung einer Feier seitens der sozialdemokratischen Partei nicht bloß um der von letzterer verfolgten Ziele willen zu beanstanden, im vorliegenden Falle aber ein ausweichender Anlaß zu der Annahme, daß die fragliche Feier gerade eine der in § 5 des angezogenen Gesetzes näher bezeichneten Handlungen bezweckt habe, nicht gegeben ist.“ Der Herr Bürgermeister wird nun einsehen, daß selbst Sozialdemokraten gegenüber nicht alles erlaubt ist.

Chemnitz, 4. Oktober. Trotz aller inneren Zwistigkeiten werden die Gegner auch bei der diesjährigen Stadtverordnetenwahl wiederum zusammengehen. Der Ring gegen die Sozialdemokratie ist in aller Stille geschlossen worden. Dreizehn bürgerliche Gruppen werden, wie es auch in den Vorjahren der Fall war, eine gemeinsame Liste aufstellen. Gestern früh gegen 8 Uhr verunglückte auf hiesigem Hauptbahnhofe ein in der Güterexpedition beschäftigter Kuffschreiber dadurch schwer, daß ihm von einer Wagengruppe der linke Fuß überfahren wurde.

Zwickau, 4. Oktober. Ein trauriges Ende nahm in Bremen ein aller Polizeiwachmeister von hier. Er traf abends dort mit einem Gefangenen ein; da dieser ortskundig war, überließ er ihm die Führung nach dem Untersuchungsgefängnis. Der Gefangene wandte sich absichtlich einer anderen Gegend zu und entließ dem Beamten in einem Viertel mit engen Gassen. Da der Flüchtling nicht wieder dingfest gemacht werden konnte, erhängte sich der Wachmeister.

- Aus dem Vogtlande, 4. Oktober. In Crimmitschau ist bei der Firma Fischer ein Weberstreik ausgebrochen. Der Unternehmer wollte die Stücklöhne bedeutend herabsetzen. Von 58 Stuhlarbeitern beteiligten sich 50. Das Gewerbegericht als Einigungsamt soll angerufen werden. In derselben Stadt wurden sich gestern zwei öffentliche Versammlungen verböten, in der die Genossen Seiferl-Chemnitz und Dr. Quard-Frankfurt a. M. über die Genossenschaftsbewegung sprechen sollten. Seit drei Jahren zum erstenmal wieder wurde das Versammlungsverbot von der Behörde an den Straßenecken angeschlagen, während zahlreiche Gruppen von Arbeitern schon auf dem Wege zu den beiden Versammlungen waren. Genosse Quard hat unbehelligt in Blaun, Reyschtau und Reichenbach über christlichen und wissenschaftlichen Sozialismus vor großen Volksversammlungen gesprochen, in Crimmitschau auf einmal wurde er gefährlich, „da nach der Auskunft, die man über den in Aussicht genommenen Referenten herbeigezogen hat, in Verbindung mit der Art des gewählten Themas (1) und dem Inhalte des von der sozialdemokratischen Partei gestern verbreiteten Flugblattes angenommen werden muß (1), daß der Zweck der Versammlung darin besteht, zu Gesetzesübertretungen aufzufordern und dazu geneigt zu machen.“ So das amtliche Verbot. Das erwähnte Flugblatt war ein unschuldiger Ausruf, der auf die schlechte Bezahlung, die steigende Konjunktur und auf den Anschluß an die Gewerkschaften hinwies.

Attenburg, 4. Oktober. Die Frau des Pfarrers Fink in Dohna ist zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil sie den Lehrer des Ortes in größlichster Weise beleidigt hatte. Da die Pfarrersfrau sich nicht dazu verstehen wollte, ins Gefängnis zu wandern, ließ sie den Prozeß durch drei Instanzen hindurch und verlor ihn alle dreimal.

Gerichtssaal.

Gewerbegericht.

Leipzig, 2. Oktober.

Wie wenig manche Arbeitgeber eine objektive Würdigung der Klagen vor dem Gewerbegericht wünschen, zeigte der Töpfermeister W. Kayser in der Verhandlung vom 2. Okt. Der Ofenseher G. war mit K. wegen Bezahlung gefertigter Arbeiten in Streit geraten. Der sachverständige Beisitzer, Töpfermeister Kramer, pflichtete der Sachdarstellung des Klägers bei und der Vorsitzende, Assessor Druggar, riet dem K., bergleichsweise eine nach der Verhandlung festzustellende Summe zu zahlen. Dies lehnte K. mit der Bemerkung ab, daß er im Recht sei. Der Vorsitzende bemerkte demgegenüber, daß seine Rechtsauffassung im Widerspruch mit der des sachverständigen Beisitzers stehe, worauf Kayser erklärte: Es ist schlimm, daß es so ist. Der Vorsitzende verbat sich eine derartige Beleidigung der Beisitzer, worauf K. den Vorsitzenden fortwährend laut unterbrach und ihn nur schwer zu Worte kommen ließ. Das Gericht belegte Kayser wegen Ungebühr vor Gericht mit einer Geldstrafe von 10 Mark und verbot die Verhandlung zur Erledigung der Beweisaufnahme.

Veranstaltungskalender.

Montag: Gewerkschaftsfeier. ...
Schneider u. Schneiderinnen. ...
Naturheilverein u. Wohltät. ...

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Montag den 5. Okt.: 270. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot).
Don Carlos, Infant von Spanien.

Philipp II., König von Spanien. ...
Elisabeth von Valois, seine Gemahlin. ...
Don Carlos, Kronprinz von Spanien. ...

Altes Theater.

Der Leutnant zur See.

Operette in 3 Akten von E. Schilck u. L. Herrmann. ...
Hans von Hecht. ...
Eva, dessen Frau. ...

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Kartoffelsuppe mit frischer Butter.
Speiseanstalt II (Wolfsbühlgasse): Kartoffelsuppe mit Rindfleisch.

130. Sächsische Landeslotterie.

4. Klasse.

Ziehung vom 5. Oktober.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 200 Mark gezogen.
60000 auf Nr. 01772 bei Herrn Karl Kühn in Altenburg.
40000 auf Nr. 66226 bei Herrn Franz Dahme in Leipzig.
30000 auf Nr. 18859 bei Herrn Ed. Bauernmeister in Zwickau.
5000 auf Nr. 8602 bei Herrn Th. Krause in Leipzig im Geb. und Emil Gläsel in Regensburg i. Böhmi.

5000 auf Nr. 29792 bei Herrn Gustav Runkel, in Fa.: Hermann Runkel in Grimma.

5000 auf Nr. 40846 bei Herrn Moritz Berthel in Waldhjelm.

5000 auf Nr. 55059 bei Herrn W. P. Schmidt in Percht, Vilsbalt.

5000 auf Nr. 65185 bei der Volkshaus, E. G. m. B. in Dresden.

5000 auf Nr. 75222 bei Herrn M. E. Hofstros in Zschibitz.

5000 auf Nr. 97226 bei Herrn Richard Schumann, in Firma: Friedr. Schumann in Gelnhausen.

82 422 412 586 901 221 769 812 261 720 642 10 (300) 716

808 21 634 974 20 433 613 (300) 5 1878 (1000) 67 984 556

783 88 405 757 713 (1000) 813 624 472 933 146 (300) 495 894

2055 406 748 89 (500) 463 147 996 (500) 939 82 106 (1000) 225

979 20 354 603 11 (300) 876 965 960 935 554 686 824 176 192

3940 78 662 (5000) 646 345 511 686 711 984 616 000 (300) 891

645 643 4278 175 19 926 981 143 211 653 (300) 682 963 400

890 264 407 285 489 330 280 114

5663 192 99 85 66 (300) 116 286 421 (1000) 728 262 820

751 496 337 (300) 966 990 561 244 6516 842 795 107 626 (300)

29 951 608 755 110 (300) 715 (300) 977 637 639 494 466 26 470

7168 611 170 640 (1000) 417 119 107 (3000) 587 70 (3000) 148

83 100 386 198 464 370 8000 705 474 634 (500) 219 186 441

138 97 145 236 870 608 96 298 775 882 448 (1000) 522 828 (300)

407 921 9036 985 722 221 (300) 511 334 478 868 398 850 186

841 431 237 230 274

10359 858 (300) 176 304 878 528 16 908 54 373 937 686

692 817 (300) 516 521 24 787 807 11585 678 356 709 119 (500)

234 385 857 111 871 573 561 828 727 899 (500) 828 977 132

800 291 515 12986 515 (300) 440 704 82 (500) 78 608 (500) 344

506 888 993 879 11 888 (500) 241 994 292 664 89 (300) 13148

304 330 240 970 40 732 345 (300) 365 227 94 790 747 101 408

418 14052 988 520 922 881 (500) 802 548 636 198 672 750 764

900 644 294 (300) 162 477 (1000) 217 962 695

15802 49 470 499 197 488 328 720 67 358 618 592 (1000)

804 511 740 418 822 686 904 18 102 (300) 953 16195 21 714

440 (500) 426 205 100 29 839 (300) 565 771 70 472 11 770 42

500 941 978 700 760 632 17617 570 978 919 609 652 (300) 558

313 (3000) 824 767 334 810 483 734 94 858 93 987 892 375 716

498 (300) 247 984 196 18031 724 45 935 400 (300) 539 48 805

859 (3000) 302 606 352 192 304 114 (1000) 591 410 19985

248 224 922 (300) 982 652 (500) 723 186 444 156 434 961 874

983 555.

20437 140 247 259 115 924 540 970 996 652 589 844 978

762 74 784 480 216 180 178 901 261 (300) 718 407 622 836 604

21489 129 881 120 916 454 727 654 704 850 505 594 612 391

486 281 927 550 22300 816 846 69 352 449 3 895 493 967 606

616 478 23092 837 503 170 202 999 488 295 398 546 (1000)

82 210 07 835 (300) 705 817 814 723 448 800 126 285 301 728

902 111 702 481 24402 252 888 279 620 456 107 (300) 380

470 630 656 694 941 88 426 618 520 592 (500) 87 992 723

25799 452 329 596 856 456 652 917 996 661 140 478 755

794 516 393 406 937 701 884 26100 336 875 996 881 810 442

277 988 357 632 682 901 750 815 350 27020 909 688 505 800

205 225 350 (500) 317 (300) 810 272 468 890 (300) 160 241 289

668 29212 64 (500) 385 185 478 345 79 (300) 418 510 587 641

373 281 82 92060 765 254 792 (5000) 822 846 687 837 296

192 36 59 164 675 (500) 281 256 762 926 335 242

30307 (300) 978 129 (1000) 253 420 116 123 588 480 274

493 858 228 280 504 484 455 500 (1000) 226 161 31900 511

879 184 687 204 (300) 119 669 332 260 908 176 980 250 718.

289 2 405 881 316 (3000) 319 (300) 791 32008 556 992 500

950 (300) 285 207 (3000) 708 958 817 165 39 226 674 327

268 650 742 970 33264 393 514 836 525 986 (300) 870 220.

(500) 453 183 520 815 240 446 (300) 968 601 139 34490 38

882 87 497 702 88 435 60 801 470 556 107 992 860 423 825

348 966 (300) 600 662.

3572 84 831 121 070 257 (500) 911 430 504 444 705 706

456 224 (500) 131 (500) 448 450 963 447 842 830 30755 (500)

90 425 72 492 883 501 163 811 956 85 26 407 16 684 770 880

725 (500) 856 880 982 176 469 784 37710 905 95 925 208 781

621 637 130 588 1 900 125 880 685 781 517 (500) 380 786 244

38629 699 (1000) 878 18 380 480 823 859 299 287 764 (300)

753 568 854 811 561 977 473 39960 292 159 497 219 100 237

353 685 518 777 684 610 449 18 846 812 31 696 461 926

40609 771 998 840 543 408 776 846 (5000) 580 242 41 823

268 815 882 525 699 826 686 (1000) 41955 52 83 774 187 102

371 747 480 879 415 653 509 895 500 35 372 870 614 106 902

578 686 289 831 242 196 138 916 311 156 57 489 661 42058

383 934 (300) 802 (300) 108 294 559 924 569 (300) 629 851 845

81 832 14 546 412 (300) 197 591 871 970 892 945 682 43458

479 39 884 403 (500) 992 491 (300) 896 117 772 (300) 404 407

55 462 726 591 424 487 450 44780 993 239 687 589 (500) 923

611 826 931 572 774 944 (300) 560 588

45423 895 30 22 378 138 (300) 633 998 721 127 240 988

41 858 461 881 (1000) 974 73 453 (300) 852 46017 803 290 2

668 697 978 181 650 714 339 362 114 439 869 65 311 62 (300)

435 577 (1000) 259 782 47555 589 430 899 469 91 (1000) 277

793 894 495 656 615 174 689 679 778 840 246 15 48450 217

(500) 882 177 281 14 924 59 807 2 23 744 49070 307 398 888

274 215 246 211 826 67 187 924 989 126 55 476 10 567 579 78

727 600 (300) 755 81 977 813

50365 830 221 (300) 838 361 763 637 10 195 660 691 825

818 177 814 51844 110 885 (1000) 42 244 601 216 706 682 876

454 (3000) 280 917 328 556 (1000) 948 880 52268 18 (500) 221

709 368 568 689 949 570 969 460 885 275 (300) 824 53704

591 (1000) 281 942 866 920 (300) 143 (300) 379 (300) 455 959

92 457 584 848 407 449 452 993 54146 71 204 108 815 479

520 18 (1000) 25 538 167 525 255 797 312 678 64 298.

55475 814 516 (300) 67 907 509 779 102 424 653 59 (5000)

706 889 332 203 230 431 56248 232 417 24 436 701 798 732

950 (300) 107 235 380 77 773 273 42 292 634 691 264 352 303

404 57580 402 849 588 607 (300) 28 895 285 858 977 107 209

269 (500) 592 154 (300) 687 129 746 39 58579 58 67 381 310

106 470 (300) 181 303 478 566 365 672 795 996 59392 200

286 (1000) 241 (3000) 731 694 648 127 263 788 598 197 (500)

688 463 (1000) 414 72 474 374 50 864 878

60791 605 32 505 404 524 836 297 527 128 553 224 392

734 733 462 61658 802 98 412 495 230 807 802 (300) 893 410

(300) 72 592 102 646 (300) 153 426 698 808 873 (300) 97 938

70 803 871 593 685 193 62403 212 194 (1000) 754 832 706

680 846 892 (500) 118 608 815 559 495 267 857 63362 573

130 235 12 788 320 838 (300) 806 888 806 896 112 129 (300)

698 899 556 457 560 303 952 759 64952 (300) 856 720 775

684 418 294 701 96 559 (500) 233 112 (300) 868 710 764 919

(500) 854 217 926 276 982 83 871 815

68834 341 042 122 638 90 646 280 459 926 (300) 842 940

697 (300) 265 386 267 752 529 143 838 552 135 (5000) 248 (300)

722 66568 978 225 (40 000) 586 807 640 243 951 230 164 993

581 166 670 67448 467 896 88 685 538 387 417 833 516 41 117

835 122 951 169 515 815 300 68507 446 117 991 37 686 4 813

690 289 846 168 516 501 827 944 144 540 774 103 164 (300) 854

175 333 346 176 333 162 69332 377 3 388 (1000) 630 525 836

257 (1000) 945 902 915 649 994 352 510 522 787 (300) 658 237

131 (300) 710

70148 305 686 202 828 071 747 (300) 36 348 791 871 823

450 405 242 415 568 55 389 938 553 492 322 750 588 345 193

(1000) 71102 35 864 941 290 308 821 579 814 481 614 (1000)

454 666 65 483 279 176 154 72581 414 408 292 544 (300) 238

50 867 148 (300) 360 207 342 642 980 014 73569 35 143 562

513 22 (300) 543 421 (1000) 494 (500) 788 610 759 345 (500)

492 46 120 458 182 423 184 947 355 78 916 497 875 (1000)

74006 609 158 293 264 (300) 475 34 189 631 80 849 128 960

22 746 25 806 802 637

75189 108 299 814 222 (5000) 789 287 121 799 558 98 630

650 (5